

DIE WIENER POLIZEI



EINSATZTRAININGSZENTRUM:

MODERNER RAUM FÜR ÜBUNGEN



Foto: Bernhard Elbe

SERIE – DIE POLIZEICHEFS IN WIEN (2): ERHARD RITTER VON LEY (1797 BIS 1808)

INTERVIEW:

Josef Koppensteiner, seit 2006 Stadthauptmann in der Inneren Stadt, trat in den Ruhestand über

TRAINING:

Nur, wer in sich ruht, ist außen stark und innen stressresistent; Mentaltraining verhilft dazu

STRASSENVERKEHR:

Fußgänger, Radfahrer und Einsatzfahrzeuge: Die 33. StVO-Novelle brachte einiges Neues in Verkehr



EINSATZTRAININGSZENTRUM:

In einer modernen Anlage können Polizistinnen und Polizisten verschiedene Szenarien trainieren, Schießen üben und taktische Vorgehensweisen in Theorie und Praxis durchmachen



INTERVIEW:

„Wir sind EINE Polizei“, sagt Stadthauptmann Mag. Josef Koppensteiner. Er trat nach 45 Jahren Polizeidienst in den Ruhestand über. In den vergangenen 16 Jahren leitete er das Polizeikommissariat Innere Stadt



STRASSENVERKEHRSORDNUNG:

Mit der 33. Novelle wird geregelt, dass Polizeifahräder mit Blaulicht und Folgetonhorn ausgestattet werden können; neue Regeln gibt es vor allem für Fußgänger und Radfahrer

INTERN

4 Editorial

MAGAZIN

7 Parlament wiedereröffnet; 10 Jahre BE
 8 Polizeiseelsorge
 9 **MENSCH & ICH:** Der gute Vorsatz

EINSATZTRAININGSZENTRUM

10 In Süßenbrunn wurde ein modernes Einsatztrainingszentrum für die Polizei eröffnet; es bietet alles, was es zum Einsatztraining braucht

PORTRÄT

16 Mag. Josef Koppensteiner in Pension: Er war seit 2006 Stadthauptmann in der Wiener Innenstadt; er prägte das Polizeikommissariat des 1. Bezirks

POLIZEI IN WIEN

24 Mentale Stärke: Nur, wer mental fit und gesund ist, hält Stress und Anstrengungen gut aus; ein Training in der Sicherheitsakademie macht stark
 29 Termin auf Klick: Online-Termin-Buchungen machen es sowohl den Bediensteten in den Kommissariaten leichter, als auch den Parteien
 33 Schulterchluss für Strom, Gas & Co: In der „Netzwerk 2022“ übten Polizei und Bundesheer gemeinsam zum Schutz kritischer Infrastruktur

POLIZEI & RECHT

38 Straßenverkehrsordnung: In der 33. Novelle der StVO geht es hauptsächlich um Fußgänger und Radfahrer, aber auch um Einsatzfahräder

KRIMINALGESCHICHTE

41 Attentat 1911 im Parlament: Viermal schoss ein Aufständischer von der Besuchergalerie des historischen Sitzungssaals auf den Bundeskanzler und den Justizminister und verfehlte sie

BÜCHERSEITE

45 Vorurteile & Stereotype: Wie es dazu kommt und was man dagegen unternehmen kann

POLIZEIGESCHICHTE

46 Serie: Die Polizeichefs in Wien (Teil 2): Von 1796 bis 1808 war Erhard Ritter von Ley als erster „Polizeidirektor“ Polizeichef von Wien

SCHLUSSLICHT

50 Geschichtliches, Stilblüten, Zitate, Impressum

**Sehr geehrte Leserin,
sehr geehrter Leser!**



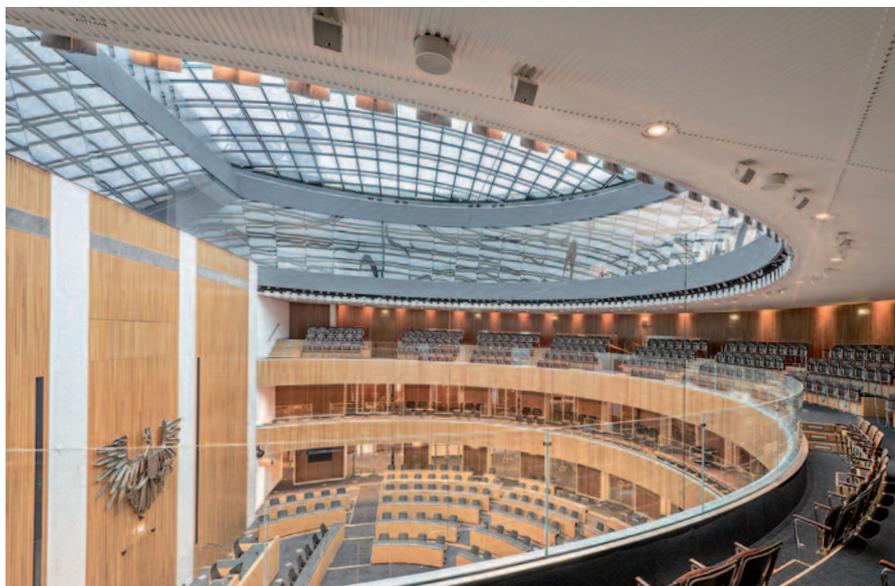
Die Corona-Maßnahmen werden aufgehoben, damit fällt für die Polizei ein Aufgabengebiet weg, das polarisiert hat. Doch die Wiener Polizei hat demonstriert, wie sehr sie im Zentrum des Rechtsstaats steht. Sie hat die Regelungen mit Klarheit und Augenmaß umgesetzt. Sie waren es, sehr geehrte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die täglich damit konfrontiert waren – auf der Straße, in den Ämtern, Einkaufszentren und öffentlichen Verkehrsmitteln. Und Sie haben wieder einmal unter Beweis gestellt, wie sehr sich die Menschen auf ihre Polizei verlassen können, auf eine neutrale, dem Rechtsstaat verpflichtete und dennoch mit Verstand und Augenmaß handelnde Polizei.

Kaum hat sich die eine Thematik erledigt, ist die nächste im Kommen: Derzeit sind es die Klimaaktivisten, die polarisieren. Sie machen sich für ein Thema stark, das uns alle angeht, das eine Mehrheit als Problem erkannt hat – die Klimakrise –, das aber nicht alle mit denselben Mitteln vertreten, nämlich mit der Übertretung von Gesetzen, indem sie unangemeldet Demonstrationen abhalten und sich auf Fahrbahnen festkleben. Wieder zeigt die Polizei in aller Klarheit die Konturen des Rechtsstaats auf und wieder geht die Polizei mit Augenmaß vor. Wieder ist die Polizei eine Konstante im demokratischen Rechtsstaat Österreich.

Am 12. Jänner 2023 wurde das sanierte Parlamentsgebäude am Wiener Ring wiedereröffnet. Dass dieser Staatsakt, bei dem die gesamte Staatsspitze unter einem Dach versammelt war, reibungslos vor sich gehen konnte, ist auch etwas, was auch der Wiener Polizei zu verdanken ist. Das Parlamentsgebäude gilt als Symbol unserer Demokratie. Die Polizei kann sich aber mindestens genauso als Symbol des demokratischen Rechtsstaats betrachten. Das hat sie in der Zweiten Republik immer wieder bewiesen. Darauf können wir stolz sein, und wir können stolz sein, einer solchen Organisation anzugehören und Teil von ihr zu sein.

*Beste Grüße
Dr. Gerhard Pürstl
Landespolizeipräsident*

EINSATZ IN WIEN



Neu: Nationalratssaal mit der Glaskuppel

HISTORISCHES PARLAMENTSGEBÄUDE WIEDERERÖFFNET

Fünf Jahre wurde saniert, am 12. Jänner 2023 wurde das Parlamentsgebäude am Wiener Ring mit einem Festakt wiedereröffnet. Es folgten zwei Tage der offenen Tür am 14. und 15. Jänner 2023.

Nach über 130 Jahren beinahe ununterbrochenen Betriebs war das Parlamentsgebäude am Ende seiner technischen Lebensdauer angelangt. Um das Bauwerk zu bewahren und fit für die Zukunft zu machen, wurde 2014 die Sanierung des Gebäudes an der Wiener Ringstraße einstimmig beschlossen. Von 2014 bis 2017 wurden vorbereitende Maßnahmen getroffen, ein Ausweichquartier in der Hofburg und am Heldenplatz geschaffen und 2017 der komplette parlamentarische Betrieb abgesiedelt. 2018 begannen die Baumaßnahmen. Jetzt ist das Gebäude fertig.

Saniert wurden rund 55.000 m² Netto-Geschoßfläche, 740 Fenster und 600 historische Türen sowie 500 historische Luster und Leuchten. Die Nutzfläche wurde um rund 10.000 m² erweitert. Die wesentlichen Neuerungen sind die neue Glaskuppel über dem Nationalratssaal mit einem Durchmesser von 28 Metern

und einer Fläche von 550 m². Damit fällt Tageslicht in den Saal. Direkt unter der Kuppel befindet sich ein Besucher-Umgang.

Die „Beletage“ wurde neu gegliedert. Ausschusslokale wurden neu angeordnet, der ehemalige Budgetsaal wurde zum Bundesratssaal umgebaut. Im Dachgeschoß wurden bisher ungenutzte Flächen ausgebaut. So entstanden das 800 m² große Restaurant *Kelsen*, vier insgesamt 400 m² große Terrassen und zwei verglaste Multifunktionsräume. Das Dach wurde neu eingedeckt, vier neue Haupttreppenhäuser sorgen für eine zentrale Anbindung aller Ober- und Untergeschoße.

Im Erdgeschoß wurden bisher für die Öffentlichkeit nicht zugängliche Flächen erschlossen. Unter dem Nationalratssaal und unter dem Bundesversammlungssaal entstanden zwei Untersuchungsausschusslokale. Highlight für Besucherinnen und Besucher ist das neue Besucherzentrum, das auf 1.500 m² unterhalb der Säulenhalle und in angrenzenden Sälen geschaffen wurde.

EINSATZ

10 JAHRE „BE“

Am 5. Dezember 2022 feierte die Bereitschaftseinheit Wien (BE) ihr 10-jähriges Bestehen. Die Hauptaufgaben der BE liegen im Streifendienst im öffentlichen Raum, insbesondere in den öffentlichen Verkehrsmitteln und an neuralgischen Punkten, im „Großen sicherheitspolizeilichen



Acht der 28 neuen Offiziere für Wien.

Ordnungsdienst“, bei Sonder- und Schwerpunktaktionen und bei Hilfs- und Suchaktionen.

Die Bilanz: knapp 600.000 Personenüberprüfungen über 100.000 Anzeigen nach dem Strafgesetzbuch und wegen Verwaltungsdelikten, fast 40.000 Organmandate mit Einnahmen von über 1,5 Millionen Euro - fast 30.000 Alkovortests mit 545 vorläufigen Führerscheinabnahmen, 21.504 Festnahmen nach der Strafprozessordnung, nach fremdenrechtlichen und verwaltungsrechtlichen Bestimmungen und aufgrund nationaler oder internationaler Haftbefehle.

In der Pandemie wurden die Kräfte der BE bei Amtshandlungen mit vermutlich an Corona erkrankten Menschen eingesetzt. Sie kamen in sogenannten Kompetenzteams der Bereitschaftseinheit zum Einsatz. Insgesamt ist es zu 2.178 Einsätzen des Kompetenzteams gekommen. Durch das engagierte und motivierte Einschreiten dieser jungen Einheit in der Landespolizeidirektion Wien, gelingt es Tag für Tag, einen wesentlichen Beitrag zur Sicherheit in der Großstadt beizutragen.



SEELSORGE

DIE POLIZEI- SEELSORGE LEBT...

Einen neuen Weg zu einer umfassenderen Zusatzausbildung für angehende sowie bereits ernannte Polizeiseelsorger und Polizeiseelsorgerinnen für Niederösterreich und für Wien entwickelten die beiden Landesseelsorger Mag. Dr. Gerald Gruber und Dr. Rudolf Prokschi gemeinsam mit Mag. Rainer Kinast, einem ausgewiesener Organisationsentwickler, Berater und Wertemanager.

In diesem Curriculum werden neben grundlegenden Einführungen und Informationen in die Strukturen der Polizei und die Ausbildung einer Polizistin/eines Polizisten, vor allem das seelsorgliche Gespräch eingeübt, indem an der

persönlichen Gesprächsführung gearbeitet und die seelsorgliche Identität vertieft wird.

Themenbereiche wie „Umgang mit Tod, Suizid und Trauer“ oder „Stressbewältigung“, aber auch „Ethik im Kontext der Polizei“ sollen im zweiten Ausbildungsteil erörtert bzw. erarbeitet werden. Außerdem ist im kommenden Herbst noch eine Workshop zum Thema „Rituale und Liturgie anlässlich von Todesfällen und Großschadensereignissen“ in Planung, um auch für solche Ausnahmefälle gerüstet zu sein.

Das Ziel dieser Ausbildungsinitiative liegt nicht nur in der Verstärkung der Präsenz der Gruppe der Polizeiseelsorgerinnen und Polizeiseelsorger vor Ort – jede Polizistin und jeder Polizist sollte einen Polizeiseelsorger/eine Polizeiseelsorgerin in seiner Nähe persönlich kennen –, sondern auch in der dauerhaften Verbreiterung der Fachkompeten-

zen. Damit wollen wir auf unsere spezifische Art und Weise mithelfen, unter den oft sehr herausfordernden Arbeitsbedingungen im beruflichen Alltag unter den Polizistinnen und Polizisten ein möglichst gutes Arbeitsklima im Geist des Miteinanders zu schaffen.

Nach Abschluss dieser Zusatzausbildung wollen wir die Teilnehmerinnen und Teilnehmer um ein ehrliches „Feedback“ bitten, um den Ausbildungskurs gemeinsam umfassend zu evaluieren und die gewonnen Erkenntnisse in eine zukünftige Verbesserung und Erweiterung der notwendigen Inhalte und Methoden einfließen zu lassen.

Wir hoffen, mit dieser Initiative in Zukunft noch besser für unseren Dienst als Polizeiseelsorgerinnen und gerüstet zu Polizeiseelsorger sein.

*Das meint euer Landesseelsorger,
Rudolf Prokschi*



MENSCH & ICH

DER GUTE VORSATZ

Die Weihnachtszeit ist vorbei, unzählige Feiern und Zusammenkünfte mit jeder Menge Weihnachtskekse, Punsch, Glühwein und üppigen Abendessen gehören nun wieder der Vergangenheit an. Geblieben sind schöne Erinnerungen. Endlich konnte man wieder auf Weihnachtsmärkten schlendern, Freunde und Familie treffen und ohne Einschränkungen feiern.

Ebenfalls geblieben sind aber auch die Kalorien, die man die letzten Wochen im Übermaß zu sich genommen hat. Plötzlich scheinen das Diensthemd und die Hose im Kasten kleiner zu werden. Alles ist zu eng und unbequem gewor-

den. Das ist ein klarer Fall für gute Neujahrsvorsätze.

Wer kennt das nicht? Voller Enthusiasmus und Energie schreibt man auf, was man im neuen Jahr anders bzw. besser machen möchte. Wochen später ist zwar die Liste noch da, aber vom Elan zur Umsetzung ist kaum noch etwas übriggeblieben.

Jahr für Jahr ist es dasselbe Dilemma, bis schließlich gar keine Liste mehr geschrieben und nicht einmal mehr der Versuch einer Änderung unternommen wird. Aber warum ist es gerade zu Neujahr ein Bedürfnis, Dinge zu ändern und wie kann man die Vorsätze besser umsetzen?

Der 1. Jänner ist ein sehr beliebtes Datum für Vorsätze, ebenso Geburtstage oder Jahrestage. In der Literatur spricht man auch vom sogenannten „Neustarteffekt“, dem Phänomen, dass Menschen besondere Tage für Neuanfänge attrak-

tiv finden. Besonders effektiv ist ein solcher Neustart bei Personen, die in der Vergangenheit unzufrieden waren und daher eine Trennlinie zwischen Vergangenheit und Zukunft ziehen wollen. Mit sich zufriedene Menschen profitieren vom Neustarteffekt eher weniger.

Psychologen in Stockholm haben herausgefunden, dass es an der Art der Formulierung liegt, ob bzw. wie die Umsetzung gelingt. Benennen Sie die Dinge positiver statt Formulierungen der Vermeidung zu wählen. Zum Beispiel: „Ich möchte mehr Obst und Gemüse essen“, statt „Ich möchte keine fetten und frittierten Speisen mehr essen“. Es sollte also ein aktiver Wunsch formuliert werden und keine Vermeidung. Weiters sollten Sie sich realistische, kleine Ziele setzen statt gleich an das große Ganze zu denken und kalkulieren Sie auch Rückschläge ein. Dann klappt es vielleicht mit den Vorsätzen für 2023. Viel Erfolg!

Angelika Schäffer-Fischill

Ausbildung auf dem

In Süßenbrunn in der Wiener Donaustadt wurde ein modernes Einsatztrainingszentrum (ETZ) eröffnet. Es bietet alles, was für ein zielgerichtetes Einsatztraining der Polizei benötigt wird.

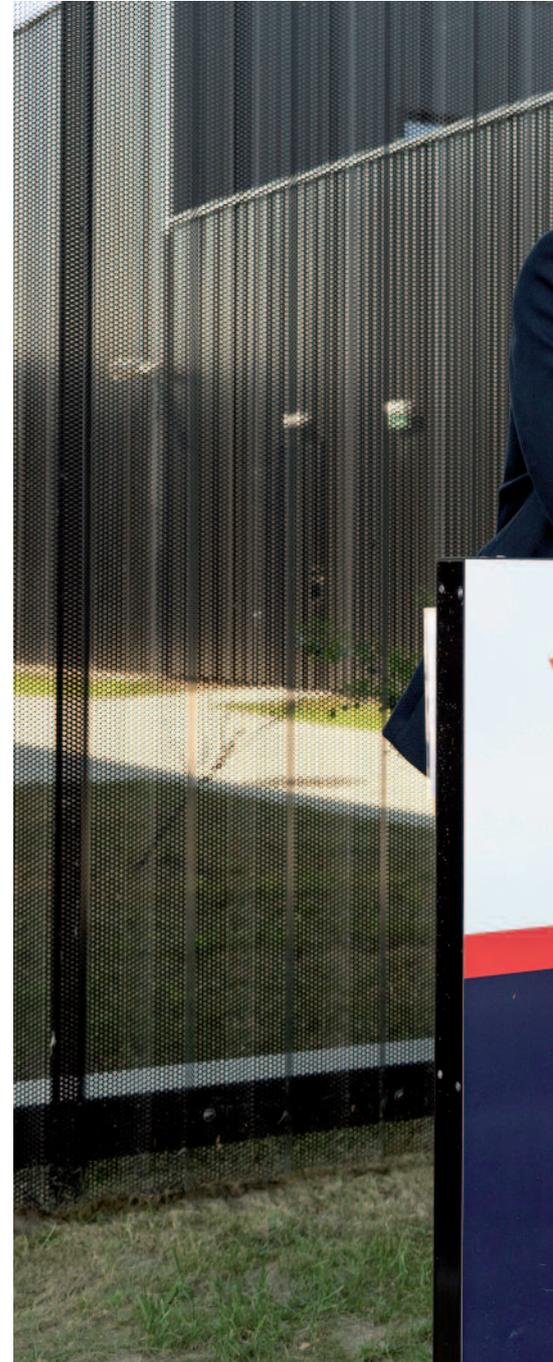
Beamte aus Wien und Niederösterreich trainieren bereits seit dem Frühjahr 2022 im neuen *Einsatztrainingszentrum (ETZ)* in Süßenbrunn in der Donaustadt. Die offizielle Eröffnung mit Innenminister Gerhard Karner fand im August 2022 statt. Zur Eröffnung kamen auch die Landeshauptfrau von Niederösterreich, Wiens Bürgermeister Michael Ludwig, Landespolizeipräsident Gerhard Pürstl und der niederösterreichische Landespolizeidirektor Franz Popp. Das ETZ Süßenbrunn wird sowohl von der LPD Wien als auch der LPD NÖ genützt.

Der Modernisierung des Einsatztrainings folgte eine bauliche Neukonzeption, damit alle Ausbildungsinhalte für die Polizeiarbeit an einem Ort gebündelt werden können. In modernen Indoor-Schießanlagen und Trainingsräumen können verschiedene Einsatzszenarien nachgestellt werden. Im Objekt sind Bereiche für Einsatztaktik und -technik, Schießausbildung in Raumschießanlagen ebenso untergebracht wie Sozial- und Schulungsräu-

me. Im Außengelände befindet sich ein Langwaffenschießstand. Die Grundidee, die Schießausbildung, Einsatztaktik und Einsatztechnik als auch die Vermittlung theoretischer Grundlagen für die Polizeiarbeit künftig an einem Standort anzubieten, entstand aufgrund unbefriedigender Infrastruktur für das Einsatztraining. Aufgrund der positiven Erfahrungen aus dem Betrieb des ETZ Stegenwald (in Betrieb seit 2013) wurden für das gesamte Bundesgebiet entsprechende ETZs nach strategischen Gesichtspunkten geplant und projiziert und Schritt für Schritt umgesetzt.

Die Einsatzausbildung der Exekutive fand zuvor in teilweise nicht mehr den modernen Ansprüchen gerecht werdenden Schießanlagen statt, in Turnsälen oder gemieteten Gebäuden an unterschiedlichen Standorten.

Einsatztraining. Das Kerneinsatztraining besteht aus Schießausbildung, Einsatztechniken, Einsatztaktik im Umfang von je vier bis fünf Stunden sowie interaktivem Szenarietraining



Im Landespolizeikommando Wien wurde ein

im Umfang von sechs bis acht Stunden, insgesamt also durchschnittlich 21 Stunden Ausbildungszeit im Jahr. Einsatztechnik umfasst etwa waffenlose Techniken, Kontrolltechniken, wie das

Stand der Technik



modernes Einsatztrainingszentrum in Süßenbrunn eingerichtet

Anlegen der Handfesseln.

In Wien liegt der Schwerpunkt für die Ausbildungsjahre 2022/23 auf dem KSOD („Kleiner sicherheitspolizeilicher Ordnungsdienst“) als eine Orga-

nisationsform geschlossener Einheiten, der in der Regel als Normaldienst von den Beamten der Sicherheitsdienststellen vollzogen wird. Der KSOD erfolgt durch Fußstreifen, mit Fahrrädern,

Kraft-, Luft-, und Wasserfahrzeugen und in Form von Posten, etwa zur Verkehrsüberwachung. Die Größenordnung wird von einsatztaktischen Überlegungen bestimmt. Je nach Entwick-



Moderne Schießanlage im Einsatztrainingszentrum Süßenbrunn

lung einer Lage findet ein fließender Übergang vom KSOD zum GSOD statt („Großer sicherheitspolizeilicher Ordnungsdienst“). Für das laufende Ausbildungsjahr wird durch die Fachabteilung im BMI eine Ausbildungsleitlinie erstellt und durch das Landeseinsatztraining werden die Schwerpunkte individuell abgestimmt, je nach Organisationseinheit. „Jeder Streifenpolizist wird als Erster mit einer Gefahrensituation konfrontiert, die er einschätzen muss“, erklärt Wolfgang Dorfbauer Landeseinsatztrainer. Jede Sondereinheit werde im Bedarfsfall erst später hinzugerufen. Das Einsatztraining für SPKs orientiere sich da-

nach, was eine Polizistin oder ein Polizist tagtäglich für den Dienst benötigt. „Der Trainingsbedarf für Mitarbeiter etwa eines Landeskriminalamts unterscheidet sich davon“, sagt Walter Huber, stellvertretender Landeseinsatztrainer der Landespolizeidirektion Wien. „Relevant für das Training sind auch die verschiedenen Erkennungsmerkmale: Einen Streifenpolizisten erkennt man an der Uniform und am Einsatzfahrzeug, ein Kriminalbeamter trägt Zivilkleidung und fährt ein ziviles Fahrzeug. Er vermittelt den Eindruck einer Zivilperson und zeigt bei der Amtshandlung seinen Ausweis bzw. die Kokarde vor. Darauf muss man auch

Rücksicht nehmen.“ Auch das Schießen unterscheidet sich von einander. „Die Uniformierten haben eine offene Tragweise der Schusswaffe und daher ein anderes Anfassen der Waffe“, sagt Dorfbauer. „Kriminalbeamte tragen ihre Schusswaffe verdeckt bzw. am Körper. Daher gibt es verschiedene Möglichkeiten, im Einsatz zur Waffe zu kommen.“ Das mache einen großen Unterschied im Training aus.

Die Grundregeln in der Taktik sind immer dieselben, werden aber auf die Verwendung abgestimmt. Dazu erläutert Einsatztrainer Huber: „Es gibt eine rote Linie, die jeder Polizist beherrschen muss, etwa, wie man einen Raum betritt. Grundvoraussetzung ist das Wissen, weshalb ein Raum betreten wird und welche Gefahren mich erwarten können. Die erste und wichtigste Regel, die immer beachtet werden sollte, lautet: Nie vor dem Türblatt, immer seitlich davon versetzt aufstellen. Dann beginnen die Feinheiten, etwa, wie betrete ich einen Raum bei einer bestimmten Gefährdungslage – alleine oder im Team? Muss ich die Waffe ziehen etc.?”

Im interaktiven Szenarientraining werden alle Elemente verknüpft und mit unterschiedlicher Stärke durchgespielt, um alle Elemente zu trainieren, etwa von einer Lärmerregung bis hin zu einer Täterkonfrontation und Festnahme von Gewalttätern.“

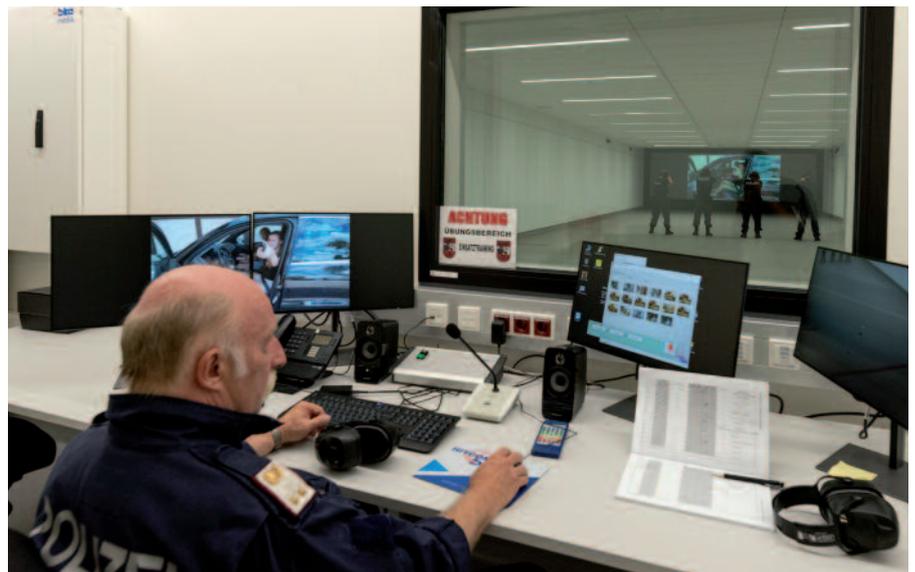


Im Einsatztrainingszentrum Süßenbrunn steht den Bediensteten eine Nettoraumfläche von 7.700 m² zur Verfügung

ETZ Grundmodell. Das Grundmodell besteht immer aus drei Blöcken: Empfang, Verwaltung und Lehrsäle für theoretischen Unterricht (blauer Bereich), Einsatztechnik und Einsatztaktik (grüner Bereich) und Schießtraining mit scharfen Waffen (roter Bereich). So können Übungsbereiche „Einsatztaktik“, „Einsatztechnik“ sowie das Schießtraining zwar an einem Ort abgewickelt werden, aber strikt getrennt bleiben.

Die Dimensionierung der einzelnen ETZs richtet sich nach der Anzahl der Exekutivbediensteten im Einzugsbereich, entspricht aber immer mindestens dem Grundmodell. Eine Vervielfachung des Grundmodells ist auch aufgrund geringerer Planungskosten und einer effizienteren Raumnutzung sinnvoll. Das Modell kann je nach Bedarf vervielfacht werden. So besteht das ETZ Süßenbrunn aus drei Funktionsblöcken in sechsfacher Ausführung, fünf werden von der LPD Wien genutzt und einer von der LPD NÖ. In Süßenbrunn gibt es außerdem drei Übungs-Stiegenhäuser mit unterschiedlichen Fassaden und Fenstergrößen, die auf das Dach führen und drei Arrestzellen mit Originaltüren wie in einem Polizeianhaltezentrum. Ein Übungsraum mit einer nachgebauten Zugsgarnitur und original ÖBB-Sitzen ermöglicht es etwa der PUMA, ihre Amtshandlungen zur Grenzsicherung realitätsnah zu trainieren. Die Taktikbereiche sind mit Galerien ausgestattet, damit die Ausbilder einen guten Überblick über das Geschehen haben und aus nächster Nähe beobachten und analysieren können.

In Wien gibt es 8.000 Exekutivbedienstete, die mit Befehls- und Zwangsgewalt betraut sind, etwa leitende Beamte (E1) und Bedienstete des rechtskundigen Dienstes (A1), uniformierte Kräfte in Fremdenpolizei und Anhaltevollzug (AFA-Kräfte), Bedienstete in kriminalpolizeilicher Verwendung und Organisationseinheiten mit erweitertem Einsatztraining, wie die WEGA oder PUMA sowie Po-



Im interaktiven Szenarietraining werden die Elemente miteinander verknüpft

lizeischüler und Dienstwaffenträger der Zentralstelle. Dafür steht im ETZ Süßenbrunn eine Nettoraumfläche 7.700 m² zur Verfügung, Freiflächen mit teilweiser Überdachung von rund 1.800 m² sowie 140 Pkw-Stellplätze. Die 100-Meter-Schießanlage für Langwaffen des Alt-Bestandes im Freien wird derzeit unter Weiterverwendung des bestehenden Geschosßfangs mit verbessertem Schallschutz saniert und geht Anfang 2023 in Betrieb.

In jedem Bundesland soll es künftig zumindest ein Einsatztrainingszentrum geben. Fertiggestellt sind die Einsatztrainingszentren Wagna in der Steiermark, Sattledt in Oberösterreich, Koblach in Vorarlberg, Traiskirchen in Niederösterreich und Süßenbrunn in Wien. In Umsetzung sind die ETZ Eisenstadt im Burgenland, Innsbruck und Absam in Tirol und das ETZ Steiermark Nord. Im Planungs- oder Verhandlungsstadium sind das ETZ Krumpendorf in Kärnten, das ETZ St. Pölten in Niederösterreich in Verbindung mit dem Sicherheitszentrum und Erweiterung des ETZs Koblach um eine Schießanlage.

Raumschießanlagen bilden das technische Herzstück jedes ETZs, sechs sind im ETZ Süßenbrunn im Einsatz. Diese werden für das Training

mit scharfer Munition benutzt. Durch die Video-Daten-Projektoren mit Computer und Videoeingang können gestochene scharfe Standscheiben und Videos projiziert werden. Viele weitere Informationen können visualisiert werden, wie die Schützenaufstellung in der Schießbahn, eine Visualisierung der Treffer in zeitlicher Reihenfolge (Replay), Schießresultate.

Mit dem Standscheiben-Programm ist die Anzeige eines Zielbildes sowie das Erstellen von Übungsabläufen bis zu 40 Bildern in Kombination möglich. Die Standscheiben sind mit Geräuschen (Sprache, Geräusche, Irritation) verknüpfbar. Durch den plötzlichen Wechsel der Zieldarstellungen (manuell durch den Ausbilder oder software-gesteuert) lassen sich Übungen mit viel Bewegung und Überraschungseffekten erzielen. Das „Video-Kombat“ (Übungen mit Realbild-Filmszenen) verfügt über interaktive Verzweigungen und ermöglicht eine variantenreiche Schießausbildung. Es gibt trefferabhängige Programm-Verzweigungen und vom Einsatztrainer gesteuerte Interaktionen. So kann das Schießtraining von der Grundausbildung bis hin zu speziellen Anforderungen für Sondereinheiten in diesen Anlagen durchgeführt werden.

Michaela Jana Löff

Wir sind EINE Polizei

Mag. Josef Koppensteiner trat mit 31. Oktober 2022 in den Ruhestand. Er ging 1977 zur Polizei, studierte während seines Dienstes im Wachzimmer Jus und war zuletzt Stadthauptmann im 1. Bezirk.

POLIZEI: Was war Ihre Motivation, Polizist zu werden?

Koppensteiner: Schon in meiner Schulzeit und auch dann beim Bundesheer war es mein Wunsch, mit und für Menschen zu arbeiten. Damals waren auch schon der Ehrgeiz und das Interesse bei mir da zu studieren, allerdings wollte und musste ich finanziell auch unabhängig sein, denn damals in meiner Kindheit und Jugend haben wir es nicht so „dick“ gehabt zu Hause. Beim Bundesheer habe ich erfahren, dass es bei der Polizei die Möglichkeit gibt, sich für Lehrveranstaltungen an der Universität mit Anwesenheitspflicht stundenweise vom Dienst freistellen zu lassen, also habe ich diesen Weg gewählt.

Haben Sie damals schon gewusst, was Sie studieren möchten?

Koppensteiner: Es hat sich schon recht bald abgezeichnet, dass es in Richtung Rechtswissenschaften gehen wird. Zuerst bin ich 1977 in die Polizeischule eingetreten. Mein erster Tag im Dienst war ein 31. Oktober und eigent-

lich zufällig der allerletzte auch ein 31. Oktober. Dazwischen liegen genau 45 Jahre.

Nach der Polizeischule habe ich im 14. Bezirk im Wachzimmer Waidhausenstraße Dienst versehen. Dort habe ich mich endgültig entschlossen, Jus zu studieren. Mir war damals schon klar, dass es nicht der einfachste Weg ist. Ich hatte schon selbst eine Familie, zuerst ein Kind, dann zwei Kinder und war Alleinverdiener. Ich möchte meiner Frau großen Dank dafür aussprechen, wie sie mich in dieser Zeit unterstützt und sich um unsere Kinder gekümmert hat. Ohne sie hätte ich das nicht geschafft. Vor großen Prüfungen habe ich oft wochenlang ganztägig gelernt. Das werde ich nie vergessen. Es war für uns keine einfache Zeit. Neben den Tag- und Nachtdiensten, habe ich nach fünf-einhalb Jahren das Studium abgeschlossen.

Für mich als Inspektor im Wachzimmer war der rechtskundige Journalbeamte, den wir bei gewissen Amtshandlungen verständigen mussten, beispielsweise bei Festnahmen und ande-

ren Grundrechtseingriffen, oder wenn schwerwiegende Entscheidungen zu treffen waren, eine Person, zu der ich aufgeschaut habe. Das war eine Position und Funktion, die in meinen Augen erstrebenswert war und das habe ich dann auch geschafft.

Wie hat sich die Polizei in diesen 45 Jahren verändert?

Koppensteiner: Junge Kolleginnen und Kollegen können sich wahrscheinlich kaum vorstellen, wie sehr sich alles verändert hat und wie es damals war: Mein erster Streifenwagen, den ich gelenkt habe, war ein weißer VW-Käfer. Die ersten Anzeigen habe ich auf einer mechanischen Schreibmaschine geschrieben, die Anzeigen wurden mit Kohlepapier mit 4 Durchschlägen aufgenommen. Aber nicht nur die Ausrüstung und Ausstattung haben sich stark verändert, sondern vor allem auch die Aufgaben und Herausforderungen für die Polizei. Die Amtshandlungen sind heute viel formalistischer als früher, alleine die vielen Verständigungspflichten, die im Lauf der Jahre hinzugekom-



Josef Koppensteiner: „Für die Bürgerin, den Bürger gibt es nur *eine* Polizei. Es spielt keine Rolle, wer intern zuständig ist.“

men sind. Auch die Reform der StPO, des Ermittlungsverfahrens, im Jahr 2008 hat dazu beigetragen. Die Untersuchungsrichter wurden abgeschafft und der Herr des Strafverfahrens ist seither der Staatsanwalt. Das bedeutete auch für die Polizei einen großen Schnitt.

Früher hat man als Uniformierter eine Amtshandlung vorgenommen, eine Anzeige geschrieben, sie eingeschickt und der Polizeijurist hat sie bearbeitet bzw. Gerichtsakte haben die Kriminalbeamten bearbeitet. Jetzt müssen Polizisten in den Polizeiinspektionen den Großteil selbst bearbeiten und gerichtsfertig machen. Das ist der große Unterschied. Mit diesen Beispielen kann man eine Vorstellung davon bekommen, was sich alles in dieser Zeitspanne verändert hat.

Gibt es ein besonderes Erlebnis aus Ihrer Zeit als Streifenpolizist?

Koppensteiner: Ein besonderes Erlebnis war für mich der Besuch von Papst Johannes Paul II in Österreich, Anfang der 1980er-Jahre. Ich war In-

spektor in der 8. Reservekompanie und vier Tage fast durchgehend im Einsatz. Den größten Teil des Einsatzes waren wir am Heldenplatz und am Ring. Geschlafen haben wir stundenweise in der Rossauer-Kaserne. Wenn man am Ring steht und dann fährt der Papst mit dem „Papamobil“ in seiner weißen Robe vorbei, das war sehr beeindruckend und bleibt unvergesslich.

Ist Ihnen der Dienst auf der Straße später abgegangen?

Koppensteiner: Ich muss ehrlich sagen, dass ich diese sieben Jahre, die ich als Polizist am Wachzimmer verbracht habe, nicht missen möchte. Immer wieder habe ich auch erlebt, dass die Akzeptanz bei den Kollegen, die wissen, dass ich auch im Wachzimmer war, auch später eine ganz andere war. Das schönste Kompliment für mich ist, wenn ich ehemalige Kollegen vom Wachzimmer treffe und sie mir sagen, du hast dich nicht verändert, du bist immer der Gleiche geblieben. Respekt Kollegen und auch jedem anderen Menschen gegenüber ist für mich ein

sehr hohes Gut und etwas ganz Wesentliches in diesem Beruf und so habe ich auch meine Leitungsfunktionen wahrgenommen.

In den 1990er-Jahren waren Sie in Wien Sicherheitsreferent. Wie haben

IM RUHESTAND:
Stadthauptmann Josef Koppensteiner

Nach 45 Dienstjahren trat Hofrat Mag. Josef Koppensteiner mit Ablauf des 31. Oktober 2022 in den Ruhestand. Er begann als Polizist in den siebziger Jahren nach der Polizeischule im Wachzimmer Waidhausenstraße und trat nach Abschluss des Studiums der Rechtswissenschaften 1986 in den rechtskundigen Dienst über. Er war im Laufe seiner Karriere Leiter mehrerer Dienststellen, von 2002 bis 2006 war er Leiter des Kriminalkommissariats West und seit 1. September 2006 bis zu seinem Ruhestand Stadthauptmann des Polizeikommissariats Innere Stadt.



Abschied 2022: Landespolizeipräsident Gerhard Pürstl verabschiedet seinen langjährigen Kollegen, Stadthauptmann Josef Koppensteiner



Josef Koppensteiner studierte als Polizist und wurde Konzeptsbeamter

Sie dieses Jahrzehnt erlebt?

Koppensteiner: Im Jahr 1993 hatte ich im ehemaligen Bezirkspolizeikommissariat Währing als Sicherheitsreferent einen sehr spektakulären Mordfall miterlebt. Ein Sohn hat seine Mutter ermordet, ihr den Kopf abgeschnitten und ist mit dem Kopf unterm Arm ein paar Gassen weiter in ihre Boutique gegangen, um ihren Kopf dort zu deponieren. Ich war damals Leiter der Amtshandlung, nachdem der Täter festgenommen worden war. Die Einzelheiten dieses Mordes waren sehr beklemmend. Es ist nie zu einer Hauptverhandlung gekommen, weil der Täter für zurechnungsunfähig erklärt und in eine Anstalt für geistig abnorme Rechtsbrecher eingewiesen wurde.

Die Einführung des Sicherheitspolizeigesetzes 1995 war natürlich ein Meilenstein für die Polizei in diesem Jahrzehnt. Vor dem SPG war die Grundlage für das Einschreiten in verschiedenen Gesetzen und/oder nicht im Detail geregelt. Es war eine absolute Notwendigkeit dadurch Handlungssicherheit für die Polizei zu schaffen.

Wie haben Sie die 2000er-Jahre erlebt?

Koppensteiner: Für mich sehr prägend war die *Euro 2008*, die von Öster-

reich und Schweiz gemeinsam ausgetragen wurde. Der Gesamt-Projektleiter Dr. Günther Marek, heute Gruppenleiter im BMI, hat mich im Frühjahr 2006, als ich Leiter des Kriminalkommissariats West war, angerufen und mich gefragt, ob ich in die Arbeitsgruppe Kriminaldienst, zur Vorbereitung und Koordinierung aller Sicherheitsmaßnahmen für ganz Österreich und mit der Schweiz, kommen möchte. Ich war dann vom Frühjahr 2006 bis zur *Euro* in dieser Arbeitsgruppe, wo ich sehr viel lernen und Neues kennenlernen durfte. Die Zusammenarbeit mit den Kollegen aus ganz Österreich, aus der Schweiz und auch Deutschland war sehr prägend.

Unsere Aufgabe war es, auch Erfahrungen aus der WM 2006 in Deutschland zu sammeln, also waren wir auch vor Ort, etwa in München, um von den konkreten Erfahrungen der dortigen Kollegen für unsere Planungen in Wien zu lernen.

Der zentrale Bereich in Wien war die Fan-Zone im ersten Bezirk. Als ich im September 2006 Stadthauptmann im ersten Bezirk wurde und damit verantwortlich und zuständig für die Fan-Zonen am Heldenplatz, Ring und Rathausplatz, war das für mich ein großer Vorteil: Ich hatte schon das gesamte

Wissen über den Ablauf und die Maßnahmen im Rahmen der *Euro*. Es hat damals auch Informationsveranstaltungen für die Bewohnerinnen und Bewohner des ersten Bezirks gegeben, aber auch für Institutionen wie etwa das Kunsthistorische Museum, die Nationalbibliothek. Es gab schon Fragen bzw. Befürchtungen in Richtung: „Müssen wir uns dann zuhause verbarrikadieren?“ Da gab es schon einiges an Unsicherheit und Unruhe bei der Wiener Bevölkerung, die man den Menschen nehmen musste. Und zum Glück haben sich die umfangreichen Vorbereitungen ausgezahlt, denn die *Euro* ist im Großen und Ganzen ruhig verlaufen, die Befürchtungen haben sich nicht bewahrheitet. Es war ein friedliches Fußball-Fest.

Sie waren 16 Jahre lang Stadthauptmann im ersten Bezirk. Was ist das Besondere an diesem Bezirk?

Koppensteiner: Es sind mehrere Besonderheiten. Der erste Bezirk ist aus meiner Sicht der wichtigste Bezirk Österreichs, denn hier sind die wichtigsten Institutionen der Republik und des Landes Wien konzentriert, ob politisch, der Bundespräsident, Bundeskanzler, Ministerien, Parlament, Rathaus – einfach das Verwaltungszentrum.



Als Stadthauptmann des 1. Bezirks:
Für die Sicherheit am Opernball

trum. Und auch das kulturelle und historische Zentrum: Hier sind die großen Museen, die Schatzkammer, Hofburg, Staatsoper, Burgtheater, Musikverein.

Es herrscht eine große Lokaldichte, bei ca. 16.000 Einwohnern und auf etwa drei km² befinden sich mehr als 800 Lokale. Das Problem ist offensichtlich – auf der einen Seite die Lokalszene mit ihren Gästen, auf der anderen Seite die Bewohnerinnen und Bewohner, die in Ruhe schlafen möchten.

Und natürlich die vielen Demonstrationen – oft mehrere an einem Tag, die entweder im ersten Bezirk stattfinden oder dort enden, die die Bewohner und vor allem auch die Geschäftsleute und den Fahrzeugverkehr sehr belasten.

Von den großen Bällen war der Opernball, der in meiner Amtszeit 14-mal stattgefunden hat, immer eine sehr intensive Aufgabe und große Herausforderung, denn ich war gesamtpolizeilicher Einsatzleiter. Fragen, wie „Wann ist der Ring gesperrt?“, „Wann kann man noch zufahren?“ bis „Können wir mit dem Fiaker vorfahren?“, „Wie sicher ist der Opernball?“, waren an der Tagesordnung.

Ab dem Jahr 2015, als die Terroranschläge in Europa begonnen haben, besonders ab dem Terroranschlag von



Ernennung zum Stadthauptmann: Hans-Otto Modler, Peter Stiedl, Josef Koppensteiner und Günther Marek (von links)

Paris, war das sehr herausfordernd. Durch die seit damals herrschende erhöhte abstrakte Gefährdungslage galt es, viele Maßnahmen umzusetzen, um das Sicherheitsrisiko zu minimieren, und das nicht nur beim Opernball, sondern auch bei anderen bedeutenden Veranstaltungen wie beim Silvesterpfad, beim Neujahrskonzert, bei den Weihnachtsmärkten und den vielen großen Veranstaltungen insbesondere am Rathausplatz.

Auch hier ging es darum, entsprechende Maßnahmen zu setzen, etwa ob und inwieweit Rammschutz möglich und umsetzbar ist.

Was ist Ihnen besonders wichtig, wenn Sie auf Ihre jahrzehntelange Dienstzeit zurückblicken?

Koppensteiner: Was mir immer wichtig war und ist: Der Respekt vor jedem Menschen, gleich, wer er ist und woher er kommt. Ob Bürger und Bürgerinnen oder Kolleginnen und Kollegen. Ich habe es immer so gelebt und als Dienststellenleiter von meinen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern auch eingefordert.

Ein Satz, den ich öfters verwendet habe: Bitte behandle deine Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter so, wie du selbst gerne behandelt werden möch-

test. Das ist für mich eine ganz wesentliche Botschaft, mit der ich immer zum Nachdenken angeregt habe. Mein Bestreben war immer, die Dienststelle menschlich, aber auch mit der nötigen Bestimmtheit zu führen, die man von einer Führungskraft erwartet.

Die Polizei ist eine sehr große Organisation, eine sehr große Firma – wenn man es so sagen möchte, mit vielen Tausend Beschäftigten, Zentralstellen, dezentralen Stellen und je nach Sachlage mit verschiedenen Zuständigkeiten.

Aber: Für die Bürgerin, den Bürger gibt es nur *eine* Polizei. Es spielt keine Rolle, wer „intern zuständig“ ist. Man muss sich um die Anliegen und Probleme der Menschen kümmern und nicht einfach nur weiterreichen. Ich glaube, dass das in Wien sehr gut funktioniert und nicht umsonst ist laut Umfragen die Polizei jener Berufsstand, der das größte Vertrauen in der Bevölkerung genießt.

Für die Zukunft wünsche ich allen Führungskräften und allen Kolleginnen und Kollegen alles Gute und viel Erfolg. Glück braucht man manchmal auch und vor allem, und das ist aktueller denn je, das nötige Personal, um die Herausforderungen und Aufgaben auch künftig bewältigen zu können.

Mental fit & gesund

Im Dezember 2021 startete das Pilotprojekt Mentaltraining in den Bildungszentren Wien und Traiskirchen. Mit den Trainings sollen Polizeibedienstete besser mit Stress und Belastung umgehen.

Mentaltraining ist mittlerweile ein sehr geläufiger Begriff und wird oft im Zusammenhang mit dem Profisport gebracht. Eine Persönlichkeitsentwicklung soll dadurch angestrebt werden.

Aber was genau ist unter Mentaltraining zu verstehen und ist es nur interessant, wenn man Spitzenleistungen erreichen möchte? Was genau ist Mentaltraining?

Unser Gehirn ist der komplexeste Computer, den die Menschheit kennt. Doch wir haben keine Bedienungsanleitung dazu erhalten. Mentaltraining nützt neueste Erkenntnisse der Gehirnforschung und wendet diese je nach individuellen Bedürfnissen an. Mentaltraining beinhaltet einen sehr weitläufigen Anwendungsbereich. Oft wird Mentaltraining als zusätzliches Instrument zur Ausbildung (Sport, Spezialeinheit, Verkauf, etc.) verwendet.

Wie das Wort schon sagt, handelt es sich um ein mentales, kognitives Trai-



Mentaltraining: Die emotionale Verbindung zum Körper verbessern

ning. Vorab soll auch erwähnt sein, dass es jeder Mensch in irgendeiner Form bereits macht, denn jeder benützt schließlich sein Gehirn. Der Unterschied ist, dass manche daraus eine Hochleistungsmaschine konstruieren. Man kann also sagen, dass ein gesundes Gehirn weder schlecht noch gut oder dumm ist, sondern lediglich schlechter oder besser trainiert. So wie jeder Mensch individuelle Körpereigenschaften besitzt, gibt es diese Unterschiede beim Gehirn. So kann es auch hier sein, dass bei dem einen oder anderen von Grund auf schnellere

Denkleistungen oder eine komplexere Erfassung möglich ist. Aber auch der früher hochgehaltene IQ ist längst nicht mehr alleiniger Maßstab und hat nur eine bedingte Aussagekraft.

Ein wesentlicher Bestandteil des Mentaltrainings liegt darin, die emotionale Verbindung zum eigenen Körper zu verbessern oder gar wiederherzustellen. Denn je besser Körper und Geist aufeinander abgestimmt sind, desto besser funktioniert der Mensch. Im Groben vergleichbar mit einem Auto, das die gewünschten PS nur dann auf die Straße bringt, wenn Motor und Steuergerät gut aufeinander abgestimmt sind. Denn bei einem schadhaften Motor nützt das beste Steuergerät nichts und ist das Steuergerät zu hoch getaktet, wird es den Motor schnell überhitzen.

Herausforderung oder Problem? Jeder Mensch ist individuell und hat seine ganz eigene Lebensgeschichte, in der die verschiedenen Problemstellungen hervortreten. Hier greift mentales

Training bereits und all jene, die sich intensiver mit dieser Materie auseinandergesetzt haben, werden bestätigen, dass es im Leben nur mehr Herausforderungen und keine Probleme gibt. Alleine die Betrachtung eines Ereignisses als Herausforderung, bringt den Menschen schneller dazu in die Ressourcensuche zu gehen und verhindert ein statisches Verharren vor einem „Problem“. Nur so können Persönlichkeit, Charakter und die eigene Kompetenz wachsen.

Wer kann davon profitieren? Mentaltraining ist für jedermann geeignet, der den Willen hat sein Leben nachhaltig positiv zu beeinflussen. Egal ob der Wunsch nach beruflichem Erfolg besteht, nach einer harmonischeren Beziehung, mehr Selbstbewusstsein, Erfolg im Wettkampf oder einer gesteigerten Gesundheit. Mentaltraining kann grundsätzlich in jedem Themengebiet angewendet werden. Der Grund, warum es vor allem in diversen Leistungsbereichen propagiert wird, ist, dass dort vor allem Menschen sind, die ein enormes Streben nach Erfolg verspüren und daher gerne jedes Hilfsmittel annehmen.

Was ist der Unterschied zu anderen Trainings? Viele Trainings konzentrieren sich auf reine Verhaltensanweisungen. Beispiel: Wenn Sie dieses oder jenes tun, dann werden Sie diesen Erfolg haben. Wer kennt es nicht? Anfangs stürzt man sich in ein neues Trainingskonzept oder in eine Ernährungsumstellung – doch früher oder später schwindet die Motivation. Solche „Verhaltensdressuren“ kratzen meist nur an der Oberfläche eines Menschen und verlangen stets einen hohen Anteil an innerer („intrinsischer“) Motivation.

Mentaltraining unterscheidet sich von herkömmlichen Trainings dadurch, dass es durch die vernetzte Anwendung von Gehirn und Körper nachhaltiger wirkt. Bei professionellem Mentaltraining will man daher stets tiefgründig ansetzen, um Motivations-



Auch ein Auto bringt die gewünschten PS nur dann auf die Straße, wenn der Motor und das Steuergerät gut aufeinander abgestimmt sind

löcher auszuhebeln und die mentale Ausdauer fördern.

Wie funktioniert Mentaltraining?

Nach dem Motto „Der Sieg wird im Kopf entschieden“ ist es unumstritten, dass Erfolge mit einer guten mentalen Verfassung besser und schneller erreicht werden können. Professionelles Mentaltraining beginnt damit, zuvor grundlegende Fragen zu klären.

1. Was ist das Ziel?

Ein klares, positiv formuliertes Ziel legt den Grundstein. Eine positive Formulierung des angestrebten Ziels ist wesentlich für den richtigen Fokus. Der Fokus bündelt die gesamte Aufmerksamkeit und gibt die gewünschte Entwicklungsrichtung vor. Wichtig ist, dass das Ziel immer im Vordergrund steht. Zum Beispiel: Ich möchte fitter sein statt weniger wiegen zu wollen. Ich möchte klarer im Team kommunizieren statt der Formulierung, das Kommunikationsproblem beseitigen zu wollen. Ich will mehr Energie haben statt nicht weniger müde sein.

2. Warum soll dieses Ziel erreicht werden?

Je stärker das „Warum“, desto leichter ist das „Wie“. Jeder kennt, wie es ist, wenn man etwas unbedingt er-

reichen oder haben will – es wird zu einem „Muss“. Ist das Warum schwach, benötigt es noch etwas mehr an persönlicher Identifizierung, die gut mit kreativen Ausgestaltungen erreicht werden kann. Auch ein Zielwechsel kann während der Zielbearbeitung in Betracht kommen.

3. Was steht im Weg?

Steht etwas zwischen der Person und dem Ziel? Oft ist es die Person selbst, die sich durch hinderliche Glaubenssätze das Leben selbst schwer macht. Die Beseitigung von Hindernissen bedarf einer gedanklich flexiblen Einstellung zu Neuem. Je schneller man bereit ist, alte, hinderliche Gedankenmuster aufzugeben, und diese durch neue zielführende ersetzt, desto schneller erreicht man sein Ziel.

Wie schon Einstein sagte: „Wer glaubt, Probleme mit denselben Denkmustern zu lösen, wie sie entstanden sind, ist ein Narr!“

Das Training. Sind diese Schritte erfolgreich gesetzt, geht es weiter mit dem eigentlichen Mentaltraining. Dazu gibt es eine Vielzahl an Anwendungstechniken, die der Mentaltrainer anlassbezogen anwendet. Dazu gehören etwa Visualisierungs-, Imaginations-

Atem-, Kommunikations-, Emotions- oder Wahrnehmungstrainings. Diese Techniken werden oft in einer Übung miteinander verknüpft.

Mentaltraining bei der Polizei. In Polizei- und Militäreinheiten ist es seit Jahren internationaler Standard, Ausbildungen mit Mentaltraining zu fördern. Meist beschränkt sich die Anwendung auf kleinere Spezialeinheiten, aber es ist durchaus auch für reguläre Bereiche geeignet.

Mit Dezember 2021 startete das Pilotprojekt Mentaltraining in den Bildungszentren Wien und Traiskirchen mit je einer Schulklasse der Polizei-grundausbildung. Die zwei Klassen werden von Bezirksinspektor Ralf Rossmanith (Ref. A1.4 Mitarbeiterbetreuung) mit Unterstützung von Bezirksinspektorin Nadine Baar (LKA, AB 04) im ersten Ausbildungsjahr begleitet. Dabei erlangen die jungen Bediensteten bereits zu Beginn grundlegende Kenntnisse, die ihnen im späteren Außendienst zugutekommen sollen.

Der Fokus wird auf zwei Haupttrainingsziele gelegt. Zum einen ist es die Anwendung erlernter Tools in Stresssituationen. Durch Ressourcenaktivierung (z. B. Atemtechnik) soll eine erhöhte Selbstkontrolle möglich und so eine bessere Handlungs- und Entscheidungsfähigkeit gegeben sein.

Zum anderen soll die Selbsterfahrung in der Ausbildung die Persönlichkeitsentwicklung fördern. Durch die verbesserte Wahrnehmung der eigenen Bedürfnisse sowie einer professionelleren Einstellung zur eigenen Person, sollen unter anderem die persönliche Resilienz und Kollegialität gesteigert werden.

2023 ist für alle Wiener Polizistinnen und Polizisten ein Mentaltrainingseminar bzw. Workshop geplant, zu dem sich jeder freiwillig melden kann. Das maßgeschneiderte Ausbildungsprogramm geht auf spezifische Herausforderungen und Themen der Wiener Polizei ein.

Termine per Klick

Die Online-Buchung vereinfacht die Terminverwaltung in den Kommissariaten enorm. Durch die „elektronische Terminvereinbarung“ (ETV) ersparen sich beide – Behörde und Parteien – viel Zeit.

Erfahrungen mit der elektronischen Terminvereinbarung (ETV) gibt es in mehreren Bereichen. Bewährt hat sie sich für die Ausstellung einer E-Card, wenn kein Foto in einem österreichischen Register gespeichert ist, für die Beantragung von Fremden- und Konventionsreisepässen sowie für verkehrspolizeiliche Angelegenheiten. Diese wurde ausgeweitet, was die Terminverwaltung in den Polizeikommissariaten vereinfacht und sowohl der Behörde als auch den Parteien eine Zeitersparnis bringt.

Das von Innenministerium entwickelte Terminvereinbarungssystem ermöglicht das Anlegen von Kalendern für verschiedene Anwendungsbereiche. Dazu zählen sicherheits- und verkehrspolizeiliche Angelegenheiten, fremden- und grenzpolizeiliche Angelegenheiten, asyl- und fremdenpolizeiliche Angelegenheiten des Bundesamts für Fremdenwesen und Asyl sowie medizinische Angelegenheiten des chefarztlichen Dienstes. Parteien können über ein Terminanforderungsformular onli-



Stefanie Kardinal: „Unser Ziel ist es, dass möglichst alle Termine online gebucht werden.“

ne einen Termin bei der Behörde vereinbaren, die für das jeweilige Anliegen zuständig ist.

Kalender. Die Kalender werden zentral erstellt. In den Kommissariaten

administriert die Kanzleileitung Kalender, mit denen in der Dienststelle gearbeitet wird, und bestimmt die für die elektronische Terminvereinbarung zuständigen Mitarbeiter.

Dabei gibt es unterschiedliche Berechtigungsstufen: Der ETV-Administrator kann alle im Kommissariat verwendeten Kalender einrichten und bearbeiten, Termine vergeben und stornieren. Die Vergabe und Stornierung von Terminen ist auch dem ETV-Terminadministrator möglich, während ETV-User die Termine nur lesen und ausdrucken können.

Jedem Kalender sind vordefinierte Schlagwörter zugewiesen, die der Partei im Online-Antragsformular zur Auswahl stehen. Die Kalender können je nach Bedarf aktiviert oder deaktiviert werden. Der ETV-Administrator des Kommissariats trägt Öffnungs- und Schließzeiten, Feiertage und Schalter – pro Kalender mindestens einen – in den Kalender ein und bearbeitet die Eintragungen, falls erforderlich. Die durchschnittliche Bearbeitungszeit einer Angelegenheit pro Partei wird

Termine für Konventionsreisepass

Jedem Kalender sind vordefinierte Schlagwörter zugewiesen, die im Online-Antragsformular zur Auswahl stehen

ebenfalls von der jeweiligen Dienststelle festgelegt.

Terminvereinbarung. Parteien, die online einen Termin vereinbaren wollen, wählen im Antragsformular Bundesland, Thema, Dienststelle und Anzahl der Personen aus. Name und Sozialversicherungsnummer sind nur bei Terminen wegen einer E-Card oder einer Fremdenangelegenheit einzutragen, optional Telefonnummer und E-Mail-Adresse, falls man eine Terminbestätigung per Mail erhalten möchte. Anschließend werden die nächsten zehn freien bzw. auf Wunsch weitere Termine angezeigt, von denen man einen wählen und reservieren kann.

Die Partei erhält Reservierungsnummer, Datum und Uhrzeit des Termins, die Bezeichnung des Schalters sowie Zusatzinformationen – etwa, welche Unterlagen mitgebracht wer-

den müssen. Kann die Person den Termin nicht wahrnehmen, lässt sich dieser online über das gleiche Formular wie bei der Buchung stornieren. Personenbezogene Daten werden nach Ablauf des Termins gemäß der Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO) gelöscht.

„Unser Ziel ist es, dass möglichst alle Termine online gebucht werden“, erklärt Kontrollorin Stefanie Kardinal

die keinen Zugang zum Internet oder Schwierigkeiten beim Ausfüllen von Online-Formularen haben, eine Möglichkeit zur Terminvereinbarung offen.

Herausforderungen. Vor Beginn des Echtbetriebs konnten als ETV-Administratoren vorgesehene Behördenmitarbeiter die Testversion des elektronischen Terminvereinbarungssystems kennenlernen und erproben. Da-

*Wer keinen Zugang zum Internet hat,
soll trotzdem zu ihrem oder seinem Termin kommen*

vom Büro Zentrale Koordination der Landespolizeidirektion Wien. „Man kann aber auch weiterhin im Kommissariat anrufen, um einen Termin zu vereinbaren. In diesem Fall bucht der Kollege den Termin und sagt der Partei die Reservierungsnummer am Telefon durch.“ Dadurch steht auch Personen,

bei erwies sich das Einrichten des Kalenders als größte Herausforderung, die durch eine genaue Anleitung in Schulungen gemeistert werden soll. Für Probleme, die sich durch zu geringe personelle Ressourcen in bestimmten Situationen ergeben können, wurden Lösungsvorschläge erarbeitet.

Das betrifft etwa die Erkrankung von Mitarbeitern. „Wenn zwei Mitarbeiter für die elektronische Verpflichtungserklärung zuständig sind, können sie zwei Schalter freigeben“, erläutert Stefanie Kardinal. „Wird einer der beiden krank, müsste ein Mitarbeiter alle Termine übernehmen, was längere Wartezeiten zur Folge hätte.“ Falls es keine Vertretung für den Erkrankten gäbe, kann der ETV-Administrator einen der beiden Schalter für eine gewisse Zeit deaktivieren, sofern für diesen noch keine Termine vergeben sind. Bei bereits eingetragenen Terminen besteht die Möglichkeit, die Parteien telefonisch wegen einer Terminverschiebung zu kontaktieren.

In manchen Dienststellen gibt es mehr Kalender als dafür zuständige Mitarbeiter. Das stellt so lange kein Problem dar, wie die Anzahl der gleichzeitig gebuchten Termine in sämtlichen Kalendern die Zahl der Mitarbeiter nicht übersteigt. Anderenfalls müssten die Parteien mit längeren Wartezeiten rechnen. Generell ist vorgesehen, dass in allen Dienststellen für die gleiche Aufgabe die Länge eines Termins gleich ist, etwa für die Ausstellung einer Strafregisterbescheinigung zehn Minuten. Bei Bedarf kann man in einzelnen Dienststellen einen Zeitpuffer vorsehen, etwa fünf Minuten zusätzlich für eine Strafregisterbescheinigung.

Kontakt. Im Echtbetrieb können sich weitere Situationen ergeben, die Anpassungen in der Handhabung der Kalender erforderlich machen. In solchen Fällen, oder wenn es Fragen zum elektronischen Terminvereinbarungssystem gibt, steht Kardinal zur Verfügung:

Landespolizeidirektion Wien
Büro Zentrale Koordination
Stefanie Kardinal, Kontrollorin
Telefon: +43 1 313 10-76402
*stefanie.kardinal@polizei.gv.at oder
LPD-W-Buero-Zentrale-Koordinati-
on@polizei.gv.at*

Rosemarie Pexa

Üben im Netzwerk

Seit 2011 üben Bundesheer und Wiener Polizei gemeinsam. In der „Netzwerk 2022“ ging es um den Schutz kritischer Infrastruktur. Es gab einige Neuerungen gegenüber früherer Übungen.

Moderne, hochentwickelte Gesellschaften sind stark vom Funktionieren ihrer Infrastruktur abhängig. Die Daseinsvorsorge der Bevölkerung und die Attraktivität des Wirtschaftsstandortes benötigen eine jederzeitige Verfügbarkeit und eine reibungslose Zusammenarbeit von Einrichtungen zur Versorgung mit Energie, Lebensmitteln, Kommunikation, Finanzdienstleistungen, Gesundheit und vielem mehr. Diese „kritische“ Infrastruktur kann zu attraktiven Zielen von Kriminellen werden, von Terroristen oder strategischen Akteuren. Sie zu schützen, ist eine wichtige Aufgabe der Sicherheitsbehörden.

Der Schutz kritischer Infrastruktur obliegt vor allem der *Direktion Staatsschutz und Nachrichtendienst (DSN)* und den Landesämtern für Verfassungsschutz und Terrorismusbekämpfung. Ohne konkrete oder abstrakt erhöhte Gefährdungslage besteht dieser Schutz vor allem darin, mit den Unternehmen Kontakt zu halten, diese mit Informationen zu versorgen und zu beraten, um die eigenen Schutzmaßnahmen zu verbessern.

Der Schutz von Objekten durch Polizei an oder um Schutzobjekte ist der Ausnahmefall und erfolgt erst bei erhöhter Gefährdungslage. Die Bewachung einer größeren Anzahl von Objekten der kritischen Infrastruktur rein durch Polizeikräfte über einen längeren Zeitraum bei gleichzeitiger Aufrechterhaltung der Regeldienstaufgaben oder anderer sicherheitspolizeilicher Aufgaben ist nicht leistbar. Dass



Die Übungsreihe „Netzwerk“ wurde 2011 ins Leben gerufen

das Bundesheer in einem solchen Fall zum sicherheitspolizeilichen Assistenzeinsatz angefordert werden muss, ist bei breitflächigen Bedrohungen von kritischer Infrastruktur sehr wahrscheinlich.

1997 gab es die erste gemeinsame Übung zwischen Polizei und Bundesheer. Unter der Bezeichnung „Hochstrahlbrunnen“ wurde der Schutz der Wasserversorgung geübt. 1999 folgte die Übung „Energie 99“, die den Schutz der Energieversorgung zum Thema hatte.

2011 wurde die Übungsreihe „Netzwerk“ ins Leben gerufen, mit dem Ziel, in fixen Zyklen gemeinsame Übungen abzuhalten. Die Bezeichnung „Netzwerk“ umfasst einerseits den Verbund von kritischer Infrastruktur, deren Funktionieren für die Bevölkerung in Wien essenziell ist, und verweist auf die Energieversorgung, die stets ein Schwergewicht des Übungsgeschehens war. Andererseits weist die

Bezeichnung „Netzwerk“ auf das Zusammenwirken von zahlreichen Akteuren hin, deren Kooperation für den Schutz der Versorgungssicherheit der Wiener Bevölkerung Sorge trägt. Neben der Landespolizeidirektion Wien mit ihren behördlichen und operativen Teilen agieren die Organe der Stadt Wien, deren Magistratsabteilungen und zahlreiche Unternehmen, die eng mit der Stadt Wien verbunden sind sowie andere Unternehmen mit Versorgungsaufgaben. Schlussendlich sind ein wichtiger Teil dieses Netzwerks das Militärkommando Wien und dessen nachgeordnete Verbände, die bei Bedarf zum Einsatz kommen, um die Wiener Polizei zu unterstützen und zu entlasten.

Die Einsatzabteilung der LPD Wien und die S3-Abteilung des Militärkommandos Wiens, vertreten durch Oberst Michael Trummer, verbindet eine langjährige Zusammenarbeit – sei es bei Assistenzeinsätzen, etwa während der *Euro 2008*, dem EU-Ratsvorsitz 2018 oder dem laufenden Assistenzeinsatz zur Botschaftsbewachung. Die Übungsleitung der „Netzwerk 2022“ verlief sowohl in der Planungs- als auch der Durchführungsphase in gegenseitigem Verständnis und friktionsfreier Kooperation.

Neuerungen. Die „Netzwerk 2022“ bot einige Neuerungen: So war mit der Garde erstmals ein präsenster Verband an der Übung maßgeblich beteiligt. Dies hatte vor allem den Vorteil, dass vor der Übung eine intensivere Ausbildung möglich war, um die Soldaten auf

die Ausübung von polizeilichen Befugnissen in der Übung vorzubereiten. Die 2. Gardekompanie, die großteils aus Grundwehrdienern besteht, konnte in einer dreitägigen Einsatzvorbereitung in die sicherheitspolizeiliche Aufgaben eingewiesen werden. Die 5. Gardekompanie hatte den theoretischen Unterricht bereits im Vorfeld ihrer zahlreichen Einsätze zur Botschaftsbewachung erhalten, sodass lediglich eine kurze praktische Wiederholung durchgeführt werden musste.

Auch die Gardemusik erhielt eine Einweisung in die polizeilichen Befugnisse, da sie für einen Tag ihre Instrumente gegen Sturmgewehr und Pistole tauschte.

Die LPD Wien und die Garde kooperieren seit mehreren Jahren, indem jede Gardekompanie nach der Grundausbildung eine eintägige Unterweisung in sicherheitspolizeilichen Aufgaben und Befugnissen erhält, um bei Bedarf über grundlegendes Wissen für die Einsatzvorbereitung zu verfügen.

Aufgrund der geübten Praxis verfügt die LPD Wien über einen Pool von erfahrenen Vortragenden aus polizeilichen Dienststellen und des Bildungszentrums Wien, die rasch und effizient Soldaten praxisnah für die Erfüllung polizeilicher Aufgaben im Assistenzsinsatz ausbilden können. Diese Kollegen bildeten das Rückgrat der Leitungstruppe, die für die Einlagesteuerung und -beurteilung vor Ort verantwortlich waren. Zur Gewährleistung der Sicherheit wurden diese durch nebenamtliche Einsatztrainer unterstützt.

Neben der Anwendung sicherheitspolizeilicher Befugnisse war als Übungsziel das Üben der Führungs- und Kommunikationsstrukturen festgelegt worden.

Die Garde mit ihren beiden beteiligten Gardekompanien, ihrer Stabskompanie und der Gardemusik bildeten in der Übung einen Einsatzabschnitt in einer „Besonderen Aufbauorganisation“ (BAO). Der Einsatzabschnitt „Objektschutz Süd“ hatte den Auftrag, sieben Schutzobjekte in Wien



Die Einsatzabteilung der LPD Wien und die S3-Abteilung des Militärkommandos Wien verbindet eine lange Zusammenarbeit

10., 12., und 23. zu schützen und die Beeinträchtigung der Funktionsfähigkeit zu verhindern. Dabei führt der Gardekommandant, unterstützt durch seinen Stab, als Einsatzabschnittskommandant seine Kräfte in direkter Unterstellung unter den Einsatzkommandanten der LPD Wien. Dieser wird durch den Einsatzstab unterstützt, der als integrierter Einsatzstab geführt wird. Der Einsatzstab wird aus Angehörigen der LPD Wien und des Mi-

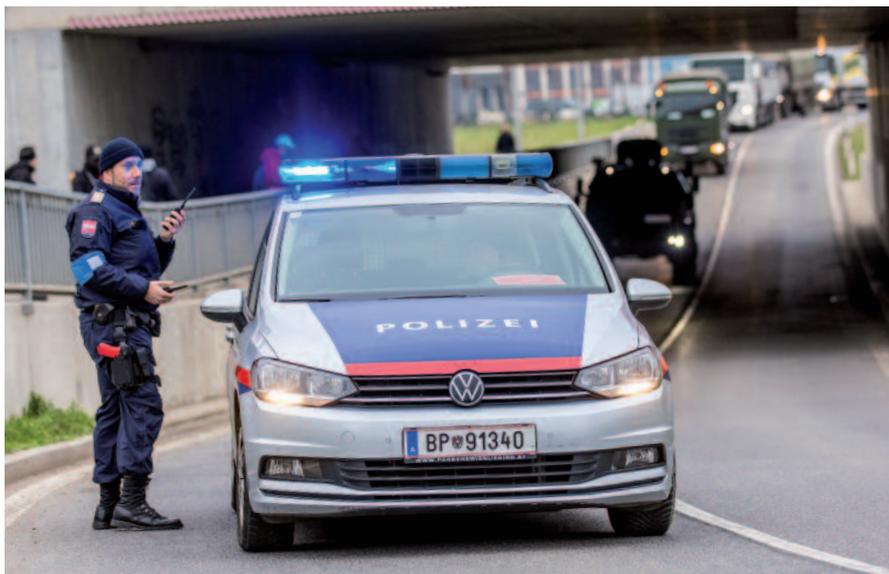
litärkommandos Wien gebildet. Da bei der Übung „Netzwerk 2022“ die anderen Einsatzabschnitte nur fiktiv abgebildet wurden, war der Einsatzstab nur rudimentär besetzt und bildete die operative Übungsleitung.

Ausgangslage: Für die Erstellung der Rahmenlage musste man diesmal nicht viel Fantasie aufbringen. Im Zuge eines militärischen Konfliktes zwischen den Nachbarstaaten „Rotland“ und „Gelbland“ kommt es zu Einschränkungen der Energieversorgung und zu Versorgungsengpässen mit Lebensmitteln. Die (fiktive) Tätergruppe „European Anarchy“ versucht, durch Anschläge auf Unternehmen der Energie- und Lebensmittelversorgung die Versorgung der Bevölkerung zu beeinträchtigen, um dadurch die öffentliche Meinung zur Politik zu ihren Gunsten zu beeinflussen. Die Polizei ist durch Demonstrationen gefordert und kann die erforderlichen Kräfte für den Objektschutz nicht zur Verfügung stellen.

Eine Objektschutzübung kann nur stattfinden, wenn Unternehmen bereit sind, daran mitzuwirken und Übungsobjekte zur Verfügung stellen. Bereits zum zweiten Mal hat sich die *Austrian Power Grid* bereit erklärt, an einer Übung der Netzwerkreihe mitzuwir-



Übungsannahme: Die „European Anarchy“ versucht Anschläge auf Unternehmen der Energie- und Lebensmittelversorgung



Die Soldaten hatten Befugnisübungen zu dokumentieren. Bei Bedarf war die begonnene Amtshandlung an die Polizei zu übergeben

ken. Auch die *Wiener Netze* sind ein langjähriger Partner in dieser Übungsreihe und stellte drei Objekte der Strom- und Gasversorgung zur Verfügung. Neu war die Teilnahme von Objekten der Lebensmittelversorgung. Besonders herausfordernd war dabei der Schutz des Großmarktes Wien, da in diesem Objekt über hundert Firmen eingemietet sind und insbesondere in der Nacht etliche Fahrzeuge ein- und ausfahren. In unmittelbarer Nähe befindet sich mit der Firma *Wiesbauer* ein weiteres Unternehmen, das nicht nur seinen Produktionsstandort als Übungsobjekt zur Verfügung stellte, sondern auch eine Einlage, bei der ein Konvoi mit Lastfahrzeugen zu schützen war, unterstützte.

Einsatzmittel: Sowohl auf Seiten des Bundesheeres als auch der Polizei wurden Einsatzmittel angewendet, die bei den vorangegangenen Übungen noch keine Rolle spielten. Die Garde verlegte ihre Reserve mit sechs dem Verband neu zugewiesenen gepanzerten Fahrzeugen. Auch ein gepanzertes Sanitätsfahrzeug kam zum Einsatz. Im gemeinsamen Üben von Kräften der 5. Gardekompanie und Kräften der Einsatzeinheit Wien konnten auch die Kräfte der Einsatzeinheit (EE) das

Auf- und Absitzen mit diesen Fahrzeugen ausprobieren. Dies vor dem Hintergrund, dass das Militärkommando Wien in der Nacht des Terroranschlags am 2. November 2020 der LPD Wien gepanzerte Fahrzeuge zur geschützten Verlegung von Exekutivkräften angeboten hatte.

Seitens der LPD Wien wurde dem von der Garde geführten Einsatzabschnitt ein Drohnentrupp unterstellt. Die Effizienz dieses Einsatzmittels, insbesondere in der Nacht und im offenen Gelände, hat sich erneut gezeigt. Eine Annäherung an ein Schutzobjekt, dessen Umfeld von einer Drohne überwacht wird, hat sich als nahezu unmöglich herausgestellt.

Einlagen: Um die Übungsziele zu erreichen, wurden zahlreiche Einlagen eingespielt, bei denen die Übungsteilnehmer gefordert waren, die Aufgaben als solche zu erkennen und sowohl taktisch als auch rechtlich korrekt einzuschreiten. Dabei handelte es sich um polizeiliche Alltagsprobleme, wie medizinische Notfälle oder Streitigkeiten im Straßenverkehr, wobei Erstmaßnahmen zu setzen und die Polizei zu verständigen waren. Weiters waren es Vorfälle, die den Verdacht eines gefährlichen Angriffs im Sinne von Vor-

bereitungshandlungen darstellten, etwa Ausspähungen oder Auskundschaftungen, und daher mit Identitätsfeststellungen und Personendurchsuchungen vorzugehen war, bis hin zu Einlagen, die zu Festnahmen führten. Die Soldaten hatten Befugnisübungen zu dokumentieren. Bei Bedarf war die begonnene Amtshandlung an die Polizei zu übergeben. Dazu waren in die Übung Sonderfunkwagen der Stadtpolizeikommanden Favoriten, Meidling und Liesing eingebunden.

Neben den Einlagen, die mit dem Ziel eingespielt wurden, dass sie von den Soldaten wahrgenommen werden und entsprechendes Handeln nach sich ziehen, beteiligten sich Taktik-Trainer des Einsatzkommandos Cobra an der Übung. Sie nutzten die Gelegenheit, das Eindringen in Objekte zu üben, die von taktisch gut eingestellten Kräften bewacht wurden. Dabei wurden nicht nur die taktischen Konzepte der Kräfte des Bundesheeres erprobt, sondern auch die technischen Schutzmaßnahmen der Unternehmen.

Neben den zahlreichen Einlagen gab es größere Übungseinlagen, die von Polizei und Bundesheer koordiniert zu bewältigen waren.

Beim Einspielen einer lebensbedrohlichen Lage drangen bewaffnete Roleplayer in ein Gebäude in der APG ein, verletzten im Zuge eines Feuergefechts Soldaten und verschanzten sich. Nach der ersten Absicherung durch im Objekt eingesetzte Soldaten wurden Kräfte der Einsatzeinheit Wien im „robusten Raumschutz“ sowie Reservekräfte des Einsatzabschnitts Objektschutz Süd (Garde) zum Errichten von Sperrkreisen hinzugezogen. Schließlich stürmten Kräfte der WEGA, die mit dem gepanzerten Fahrzeug „Survivor“ herangeführt wurde, das besetzte Gebäude und neutralisierten die Täter. Nachdem dabei ein möglicher Gefahrenstoff vorgefunden worden war, übernahmen Soldaten in ABC-Schutzausrüstung die Sicherung des Gebäudes, bis die „Gefahrstoffkundigen Organe“ (GKO) der Polizei nach

einer Untersuchung des Stoffes Entwarnung geben konnten.

Den Abschluss der Übung „Netzwerk“ 2022 bildete eine Abfolge an Einlagen, wo Kräfte des Bundesheeres in CRC-Ausrüstung ein Eindringen von Demonstranten in ein Schutzobjekt zu verhindern hatten. Nach Zuführung von Kräften der Einsatz Einheit Wien konnte dies unter Führung eines Polizeioffiziersanwärters verhindert werden, trotz heftiger Angriffe gegen die Sperrkette.

Fazit: Auch wenn die Evaluierung der diversen Einlagen noch lange nicht abgeschlossen ist, kann gesagt werden: Trotz der kurzen Ausbildung in rechtlichen Belangen konnten die Soldaten die sicherheitspolizeilichen Befugnisse – anfangs noch zaghaft – mit fortlaufender Übung mit zunehmender Sicherheit anwenden. Durch praxisorientierte Vorträge und Arbeiten mit Beispielen ist es möglich, die rechtlichen Grundlagen zu schulen.

Die in Polizeikreisen manchmal kursierende Befürchtung, Soldaten könnten die polizeilichen Befugnisse überschießend oder unverhältnismäßig anwenden, konnte einmal mehr widerlegt werden.

Auch die Führung eines Einsatzabschnittes in einer „Besonderen Aufbauorganisation“ (BAO) der Polizei durch Führungskräfte des Bundesheeres hat sich als zukunftssträftig erwiesen, die dadurch gewonnene Handlungsfreiheit lässt die Kräfte des Bundesheeres ihre taktischen Fähigkeiten in der Einsatzart Schutz voll entfalten; gleichzeitig ist die Einheit der Führung mit den Polizeikräften in dieser Struktur gegeben.

Die Abhaltung von organisationsübergreifenden Übungen sind planungs- und arbeitsintensiv, jedoch unabdingbar, um die gemeinsame Aufgabenerfüllung sicherzustellen.

Das Netzwerk der Einsatzorganisationen, um die Sicherheit der Wiener Bevölkerung zu gewährleisten, konnte erweitert und gestärkt werden.

Die 33. StVO-Novelle

Am 1. Oktober 2022 ist die 33. Novelle der Straßenverkehrsordnung (StVO) in Kraft getreten. Die meisten Neuerungen betreffen Radfahrer und Fußgänger, auch Fahrzeuge im öffentlichen Dienst.

Der Verkehr von Fußgängern hat eine neue Bezeichnung erhalten und heißt nun „Fußverkehr“. Die Verpflichtung für Fußgänger, Gehsteige und Schutzwege zu benutzen wurde aufgeweicht. Das Gehen auf Gehsteigen und Gehwegen muss nur stattfinden, wenn es zumutbar ist. Das Verbot für Fußgänger, die Fahrbahn überraschend zu betreten, wurde ersetzt durch das Gebot, bei Betreten der Fahrbahn auf den übrigen Verkehr achtzugeben. Auch wenn die Neuformulierung sprachlich „freundlicher“ gefasst ist als das Verbot, muss man davon ausgehen, dass im Ergebnis das Gleiche gemeint ist.

Die Fahrbahn ist auf geradem Weg zu überqueren, das Erfordernis, dies in angemessener Eile zu tun, ist entfallen. Die Verpflichtung Ober- und Unterführungen, die für Fußgänger errichtet wurden zu benutzen, ist entfallen. Fußgänger haben also die Wahl, ob sie diese benutzen oder nicht.

Die bisher ausnahmslos verpflichtende Benützung von Schutzwegen,



Polizei-Fahrräder dürfen mit Blaulicht und Folgetonhorn ausgestattet werden

wenn dieser vorhanden und nicht mehr als 25m entfernt sind, gilt dann nicht mehr, wenn es die Verkehrslage zweifellos zulässt und der Fahrzeugverkehr nicht behindert wird.

Aufrecht ist weiterhin das ausdrückliche Verbot, einen Schutzweg unmittelbar vor einem herannahenden Fahrzeug und für dessen Lenker überraschend zu betreten.

Neues für Radfahrer. Das Nebeneinanderfahren von Radfahrern ist auf Straßen zulässig, auf denen eine zulässige Höchstgeschwindigkeit von 30 km/h gilt und

- es sich nicht um eine Vorrang- oder Schienenstraße oder Einbahnstraße handelt, die gegen die Fahrtrichtung befahren wird,
- niemand gefährdet wird,

- es das Verkehrsaufkommen zulässt
- und andere Verkehrsteilnehmer nicht am Überholen gehindert werden.

Die bisherige strikt vorgegebene Höchstgeschwindigkeit von 10 km/h beim Befahren von Radfahrerüberfahrten, gilt nicht mehr für den Fall, dass in unmittelbarer Nähe keine Kraftfahrzeuge fahren. Aus dem Wortlaut des Gesetzes ergibt sich, dass die Höchstgeschwindigkeit in diesem Fall überschritten und sogar ein überraschendes Befahren stattfinden darf. Der Gesetzgeber hat bei dieser, den Radverkehr bevorzugenden Bestimmung übersehen, dass es auch andere Verkehrsteilnehmer gibt, die durch ein rasches und überraschendes Annähern und Befahren von Radfahrerüberfahrten gefährdet werden können.

Rechtsabbiegen bei Rot. Die Behörde (Bezirksverwaltungsbehörde bzw. die LPD) kann durch Verordnung

- Kreuzungen bestimmen, auf denen Lenker von Fahrrädern trotz roten Lichts rechts abbiegen dürfen;
- Kreuzungen bestimmen, an denen von rechts kein Fahrzeugverkehr kreuzen kann (T-Kreuzungen), bei denen Lenker von Fahrrädern trotz roten Lichts geradeaus fahren dürfen.

In beiden Fällen müssen Radfahrer zuvor angehalten haben, es darf keine Behinderung oder Gefährdung anderer Verkehrsteilnehmer, in der freigegebenen Fahrtrichtung zu erwarten sein und neben dem roten Lichtzeichen muss eine Zusatztafel angebracht sein. Dafür wurden zwei neue Verkehrszeichen vorgesehen. Diese Verordnungen dürfen nur erlassen werden, wenn hinsichtlich der Verkehrssicherheit keine Bedenken bestehen. Für die Beurteilung der Verkehrssicherheit ist der Stand der Technik zu berücksichtigen. In der Verordnung ist die Fahrtroute anzugeben, für die die Erlaubnis gilt, bei rotem Licht rechts abzubiegen oder geradeaus zu fahren.

Neues für Autofahrer. Neuregelung der seitlichen Abstände beim Überho-



Für Fahrräder wird es oft sehr eng im Straßenverkehr in der Stadt

len von Fahrrädern und Rollern. Es gilt grundsätzlich:

- im Ortsgebiet ein Abstand von mindestens 1,5 m.
- außerhalb des Ortsgebiets ein Abstand von mindestens 2 m.

Diese Seitenabstände können bei einer Fahrgeschwindigkeit des überholenden Kfz von nicht mehr als 30 km/h der Verkehrssicherheit entsprechend verringert werden. Nicht als „Überholen“ nach der gesetzlichen Definition des in § 2 Abs.1 StVO, gilt das Vorbeibewegen an einem Radfahrer, der sich auf einem Radfahrstreifen bzw. Mehrzweckstreifen befindet.

Die Behörde (Bezirksverwaltungsbehörde bzw. die LPD) kann durch Verordnung Straßenstellen oder Gebiete in der unmittelbaren Umgebung von Schulgebäuden zu Schulstraßen erklären, wenn es der Sicherheit, Leichtigkeit oder Flüssigkeit insbesondere des Fußverkehrs dient. Die Schulstraße ist mit einem besonderen Verkehrszeichen ersichtlich zu machen. Es besteht dann ein grundsätzliches Verbot für den Fahrzeugverkehr. Allerdings sind zahlreiche Ausnahmen von diesem Verbot vorgesehen. Erlaubt sind dennoch: Fahrradverkehr, Krankentransporte, Schülertransporte (nicht private Beförderungen), Fahrzeuge des Straßendienstes, der Müllabfuhr, des öffentlichen Sicherheitsdienstes uvm. Auch E-Scooter dürfen Schulstraßen

befahren, da sie nicht unter den Begriff des „Fahrzeugverkehrs“ fallen.

Neues für die Exekutive. Die Fahrräder des öffentlichen Sicherheitsdienstes dürfen nun auch mit Scheinwerfern und Warnleuchten mit blauem Licht („Blaulicht“) und Vorrichtungen zum Abgeben von Warnzeichen mit aufeinanderfolgenden verschiedenen hohen Tönen („Folgetonhorn“) ausgestattet werden und sind während der Verwendung dieser Signale Einsatzfahrzeuge im Sinne der Straßenverkehrsordnung.

Lenker von Fahrzeugen des öffentlichen Sicherheitsdienstes dürfen nun ausdrücklich Radfahranlagen benutzen, wenn dies für eine ordnungsgemäße Ausübung des Dienstes unerlässlich ist. Sie dürfen dabei aber nicht Personen gefährden, Sachen beschädigen oder den Radverkehr übermäßig behindern, so wörtlich in § 26a Abs. 1 StVO. Denklogisch hatte der Gesetzgeber bei dieser Bestimmung nicht die Dienstfahrräder der Polizei im Blick. Diesen muss und ist es grundsätzlich immer gestattet, alle Radfahranlagen (Radfahrstreifen, Mehrzweckstreifen, Geh- und Radwege sowie Radfahrerüberfahrten) zu benutzen und nicht nur dann, wenn dies unerlässlich ist.

Verwaltungsstrafverfahren. Bei Verstößen gegen Ausrüstungsbestim-

mungen der Fahrradverordnung gilt das Kumulationsprinzip ausdrücklich nicht mehr – abweichend vom Verwaltungsstrafverfahrensgesetz. Bei Vorliegen mehrerer Verstöße gegen die ordnungsgemäße Ausstattung eines Fahrrades dürfen nicht mehr mehrere Strafen nebeneinander verhängt werden, stattdessen sind diese Verstöße als eine einzige Verwaltungsübertretung zu bestrafen.

Verwaltungsstrafverfahren gegen Lenker von E-Scooter fallen seit 1. Oktober 2022 in die sachliche Zuständigkeit der LPD.

Ausblick auf die 34. StVO-Novelle.

2021 wurden die Geldstrafen für Schnellfahrer in der Straßenverkehrsordnung deutlich erhöht und im Führerscheingesetz die Entziehungszeiten der Lenkberechtigung für Schnellfahren und der Beobachtungszeitraum verlängert, nach dessen Verstreichen ein Delikt wieder als Erstdelikt gilt. Mit dem Begutachtungsentwurf der 34. StVO Novelle, eingebracht vom Klimaschutz-Ministerium, wird vorgeschlagen, für „unbelehrbare“ Schnellfahrer, zusätzlich zu einer Geldstrafe die Beschlagnahme und in letzter Konsequenz auch den Verfall der Fahrzeuge vorzusehen. Begründet werden die geplanten Verschärfungen damit, dass bei extremen Geschwindigkeitsüberschreitungen die Gefahr so hoch ist, dass das Fahrzeug wie eine Waffe eingesetzt werden und damit eine immense Gefahr für Leib und Leben anderer Verkehrsteilnehmer verbunden sein kann. Nach Abschluss des Begutachtungsverfahrens Anfang 2023, kann mit einer Behandlung im Nationalrat in der ersten Jahreshälfte 2023 gerechnet werden. Zu welchem Zeitpunkt die neuen Bestimmungen in Kraft treten sollen, ist derzeit noch nicht abschätzbar.

Michaela J. Löff

Weiterführende Literatur:

Nedbal-Bures, Autofahrer – Verkehrsteilnehmer zweiter Klasse?, ZVR 2022/123

Pürstl, StVO, 15. Aufl., Manz 2019.

Schüsse auf den Justizminister

Am 5. Oktober 1911 feuerte ein junger Montenegriner im Reichsratsgebäude, dem heutigen Parlament an der Wiener Ringstraße mit einem Revolver mehrmals auf den Justizminister.

Schlechte Ernten und eine starke Preissteigerung bei Mehl, Brot, Fleisch und anderen Grundversorgungsgütern führten ab 1909 zu Tumulten und innenpolitischen Auseinandersetzungen. Auch im Reichsratsgebäude am Ring gingen die Emotionen hoch. Abgeordnete knallten mit den Pultdeckeln, lärmten auf andere Weise oder hielten Dauerreden. Der sozialdemokratische Politiker Jakob Reumann forderte im Abgeordnetenhaus die unbeschränkte Einfuhr von Fleisch, während der christlichsoziale Abgeordnete Leopold Kunschak den Arbeitern riet, sie sollten Kraut und Kartoffeln essen, wenn sie sich Fleisch nicht mehr leisten könnten.

1910 wohnten in Wien mehr als zwei Millionen Menschen. Aus vielen Teilen der Monarchie kamen Zuwanderer nach Wien, viele von ihnen fanden keine Arbeit. Arbeitslosigkeit und Wohnungsnot führten zu einer hohen Zahl an Obdachlosen. Ganze Familien lebten auf der Straße. Im Herbst 1911 eskalierte die Lage. Es kam zu Hunger-



Justizminister Viktor von Hohenburger: Ziel eines Mordanschlags

krawallen. Frauen und Kinder stahlen Lebensmitteln auf den Märkten. Bürgermeister Karl Seitz von den Sozialdemokraten forderte Gesetze, um die Lebensmittelpreise spürbar zu senken. Kurzzeit-Ministerpräsident Paul Gautsch von Frankenthurn war aber dagegen.

„Teuerungsrevolte“. An einer Kundgebung der Sozialdemokraten am 17. September 1911 am Rathausplatz in Wien nahmen nach Angaben des

Veranstalters 100.000 Menschen teil. Es gab keinen Ordnerdienst. Nachdem bei der Bellaria ein Schuss abgegeben worden war, warfen Demonstranten Steine gegen das Rathaus und das Palais Epstein, den damaligen Sitz des Verwaltungsgerichtshofs. Sicherheitswache und Militär schritten ein und drängten die Demonstranten in die Vorstadt ab. In Ottakring kam es zu Plünderungen und Zerstörungen. Die Auseinandersetzungen forderten vier Tote und 149 Verletzte. Erstmals seit der Revolution 1848 wurde wieder auf Demonstranten geschossen.

Schüsse von der Besuchergalerie.

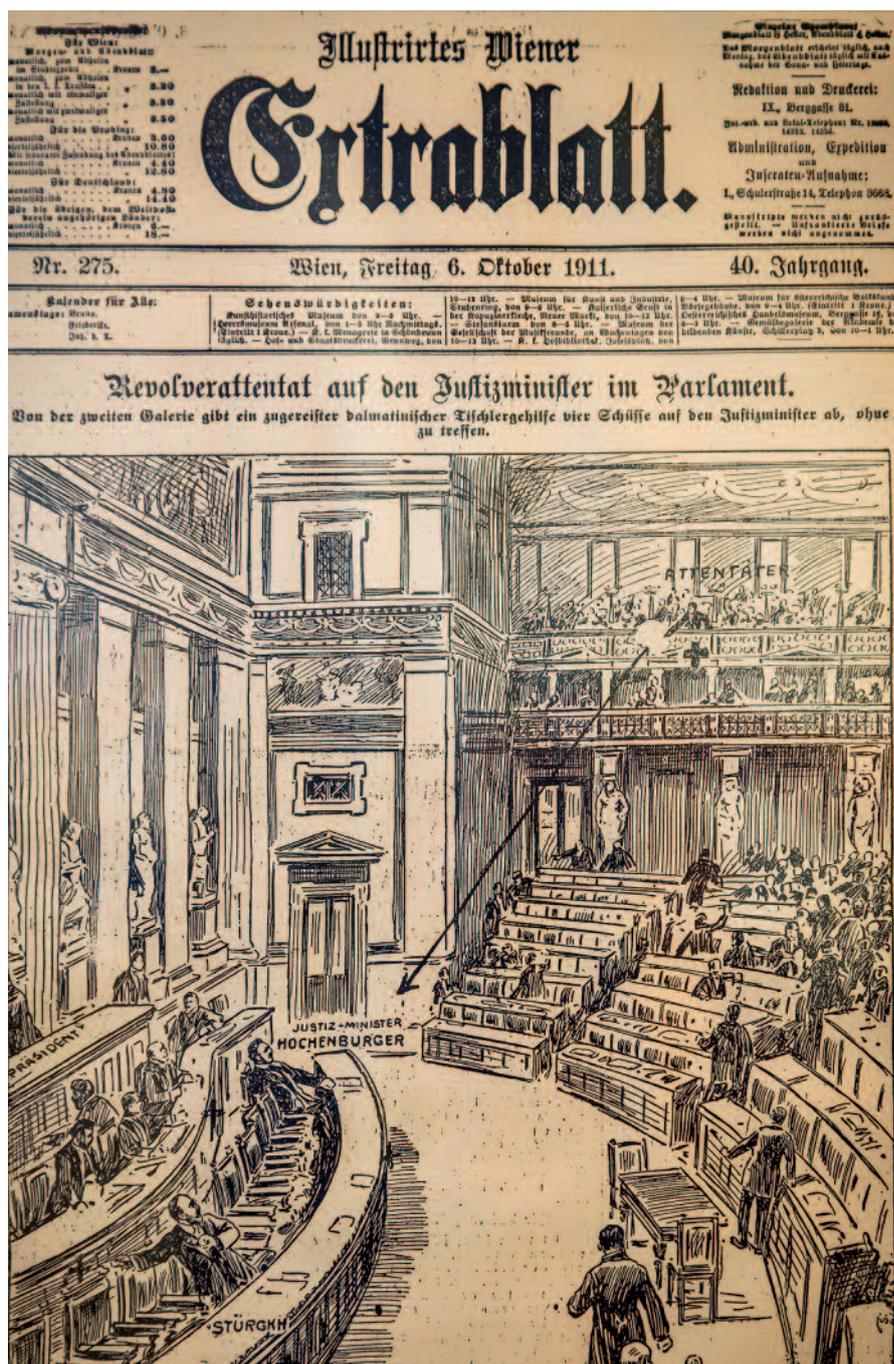
Als am 5. Oktober 1911 in einer Reichsratssitzung das Thema „Teuerungskrawalle“ behandelt wurde, warf der erste Redner Victor Adler von den Sozialdemokraten dem Justizminister Viktor von Hohenburger vor, für die Eskalation verantwortlich zu sein, weil er in Weisungen von der Exekutive volle Härte und Unerbittlichkeit der Justiz gegen die angeklagten Demonstranten eingefordert hatte.

Plötzlich schrie ein Mann von der Besuchergalerie „Hoch der Sozialismus“ und schoss mehrmals auf die Regierungsbank, auf der Ministerpräsident Gautsch von Frankenthurn und Justizminister Hohenburger saßen. Nach dem vierten Schuss hatte der Revolver eine Störung: Das fünfte Geschoss wurde aus der Waffe geschleudert und fiel Victor Adlers Ehefrau Emma in der Prominentengalerie im unteren Stockwerk in den Schoß. Die anderen Projektile schlugen in die Regierungsbank ein. Weder Regierungsmitglieder noch Abgeordnete wurden getroffen.

Es gab eine Sitzungsunterbrechung. Die „Präsidiale“ beschloss, die Sitzung wieder aufzunehmen. Victor Adler setzte seine Rede fort, wurde aber von Christlichsozialen und Deutschnationalen wüst beschimpft.

Der Attentäter wurde überwältigt.

Er leistete keinen Widerstand. Es handelte sich um Nikola Njegos, einen Montenegriner aus Dalmatien. Njegos, geboren am 6. Dezember 1886 in Sebenico (Šibenik) in der Region Dalmatien, besuchte die höhere Stadtschule in Sebenico und leistete 1907 Militärdienst bei einem Infanterieregiment. Weil er sich zweimal unerlaubt aus der Truppe entfernt hatte, wurde er verurteilt. Er schloss sich den Sozialdemokraten an und besuchte einige Kundgebungen. Zuletzt arbeitete er als Hilfsarbeiter bei einem Tischler in Sebenico. Im September 1911 verließ er seine Heimatstadt und fuhr mit der Bahn nach Spalato (Split). Dort ließ er sich die Zähne sanieren und verprasste einen Großteil seines Geldes aus dem Verkauf eines Hausanteils. Am 1. Oktober fuhr er mit einem Dampfer nach Zara und mit der Bahn über Triest nach Wien, wo er sich im Hotel Riva auf dem Wiedner Gürtel einquartierte. Er besuchte Josef Paullin, einen Angestellten des Verbandes der Holzarbeiter, den er bei einer sozialdemokratischen Veranstaltung in Sebenico kennengelernt hatte. Paullin zeigte Nikola



Aufmacher im „Illustrierten Wiener Extrablatt“ vom 6. Oktober 1911: Revolverattentat auf den Justizminister im historischen Sitzungssaal des Parlaments

Njegos einige Sehenswürdigkeiten in Wien und beide besuchten danach das Parlament. Ein sozialdemokratischer Abgeordneter hatte die Karten für das Parlament organisiert. Auf der Besuchergalerie zeigte Paullin seinem Gast einige Politiker, darunter Justizminister Hohenburger.

Bei der Vernehmung gab Nikola Njegos als Tatmotiv an, dass ihn das zy-

nische Lächeln des Justizministers Hohenburger während der Rede Victor Adlers provoziert habe. Deshalb habe er auf den Minister geschossen, um ihn für die Verhöhnung der Opfer Teuerungsrevolte zu bestrafen. Den Revolver habe er sieben Monate zuvor in Sebenico gekauft und immer bei sich getragen, um sich selbst verteidigen zu können. Josef Paullin wurde wegen des

Verdachts der Mittäterschaft festgenommen. Er behauptete, vom Attentatsplan nichts gewusst zu haben und wurde einige Tage später freigelassen.

Der Attentäter Nikola Njegos wurde Ende November 1911 wegen des Mordversuchs, Übertretung gegen die körperliche Sicherheit und Übertretung des Waffenpatents angeklagt. Die psychiatrischen Gutachter befanden den Angeklagten als „ethisch defekt“ und zu Gewalttätigkeiten neigend, aber weder als geistesgestört noch zur Tatzeit im Zustand einer vorübergehenden Sinnesverwirrung befindend bezeichnet.

Nikola Njegos wurde von zehn der zwölf Geschworenen für schuldig gesprochen und zu sieben Jahren schweren Kerkers verurteilt. Die Nichtigkeitsbeschwerde wurde verworfen. Das Gesuch des Verurteilten, die Haftstrafe im Gefängnis von Capo d'Istria abzusetzen, wurde vom Oberlandesgericht im Jänner 1912 abgelehnt. Njegos wurde in die Strafanstalt Stein an der Donau gebracht. Er starb während der Haft.

Ministerpräsident Paul Gautsch von Frankenthurn trat wegen der Teuerungsrevolte am 5. November 1911 zurück, sein Nachfolger wurde Karl Graf Stürgkh, der am 21. Oktober 1916 in einem Restaurant in Wien vom sozialdemokratischen Politiker Friedrich Adler erschossen wurde. Die Teuerungsdemonstrationen gingen noch bis zum Ausbruch des Ersten Weltkriegs weiter.

Werner Sabitzer

Quellen/Literatur:

Wolfgang Maderthaner, Siegfried Mattl: „...den Straßenexcessen ein Ende machen“. Septemberunruhen und Arbeitermassenprozess 1911. In: Karl R. Stadler (Hg.): Sozialistenprozesse. Politische Justiz in Österreich. 1870–1936. Europa-Verlag, Wien 1986, S. 117-150

Revolverschüsse im Parlament. Ein Attentat auf den Justizminister. In: Illustrierte Kronen Zeitung, 6. Oktober 1911, S. 2-10

Das Attentat im Parlament. In: Neues Wiener Tagblatt (Tagesausgabe), 11. Oktober 1911, S. 17

Der Attentäter Njegos. In: Agramer Zeitung, 13. Jänner 1912, S. 7

SACHBUCH

CYBERCRIME



Einmal den falschen Link anklicken, und es kann schon zu

spät sein. Eva Wolfangel beschreibt in ihrem Buch die Vielschichtigkeit der Cyber-Kriminalität.

Wolfangel bekam 2019 den Auftrag, den früheren IT-Sicherheitsberater von Barack Obama zu hacken – und war erfolgreich. „Damit wurde mir klar, dass die Welt dieses Buch braucht“, schreibt sie in der Einleitung. Die Wissenschaftsjournalistin beschreibt in spannenden Reportagen Fälle, in denen einfache Internet-User Links in Phishing-Mails angeklickt haben und viel Geld verloren, mitunter auch existenzbedrohend viel Geld, bis hin zu Cyber-Attacken auf große Unternehmen und kritische Infrastruktur mit lebensbedrohlichen Auswirkungen – etwa wenn in Krankenhäusern der Strom ausfällt.

Oft reicht auch schon der Besuch einer Website, um sich einen Trojaner auf die Festplatte zu holen. „Wir sind aber nicht ohnmächtig“, betont Wolfangel und gibt Tipps für den Umgang mit der Technik.

Eva Wolfangel: Ein falscher Klick – Hackern auf der Spur: Warum der Cyberkrieg uns alle betrifft, Penguin Verlag, München, 2022, www.penguin-verlag.de



Juliane Degner: Vorurteile hat jeder Mensch

SACHBUCH

VORURTEILE & STEREOTYPE

„Niemand ist frei von Vorurteilen“, sagt Juliane Degner und scheint zu provozieren. Sie meint es aber ernst und sie hat recht damit.

Wir brauchen Vorurteile und Stereotype zum Überleben. Dass wir sie haben, hängt mit der Form zusammen, wie die Wahrnehmung des Menschen funktioniert. Viel zu kostspielig wäre es für das Gehirn, müsste es in jedem Augenblick seine Umgebung scannen und aufnehmen wie eine Filmkamera. Daher nimmt es mit seinen Sinnen nur Fragmente wahr, es verarbeitet sie und gleicht sie mit dem ab, was es aus früheren Wahrnehmungen über den Gegenstand gespeichert hat. Es kommt lediglich zu einem Abgleich zwischen Bekanntem und Neuem. Das betrifft visuelle Eindrücke genauso wie Gehörtes oder auch komplexe Sachverhalte, wie das soziale Miteinander von Menschen. Ziel ist es immer, die Welt zu vereinfachen, sodass das Individuum sie versteht. So kommt es, dass wir bestimmten Gruppen bestimmte Eigenschaften zuschreiben – positive wie negative. Von Italienern haben wir die Vorstellung, dass sie kinderliebend sind. Ihre „Bambini“ gehen ihnen über alles, meinen wir. Von anderen Gruppen sagen wir, sie stehlen, verachten Frauen oder sind arbeitsscheu.

Hinzu kommt: Wir sind schlechte Statistiker: Einmal ist gleichzusetzen mit „oft“, wenn etwas zweimal passiert, sagen wir „ganz oft“ und beim dritten Mal sagen wir „immer“. So kommen auch Stereotype zustande.

Die Hamburger Psychologieprofessorin Juliane Degner erläutert in ihrem Buch, wie es zu Vorurteilen und Stereotypen kommt, welche es gibt und was wir dagegen tun können. Es ist ein populärwissenschaftliches Buch, Degner begibt sich trotzdem nicht auf wissenschaftlich dünnes Eis. Ihr Buch ist eine praktikable Abhandlung mit Lösungsansätzen.

Juliane Degner: Vorurteile haben immer nur die anderen; Springer-Verlag, Berlin, 2022, www.springer.com

SACHBUCH

FÜHRUNGSALLTAG



Lust, Leidenschaft und Lebenskraft bilden zusammen das „Triple-L-

Leadership-Konzept“ von Harsha Gramming. Es ist ein Führungskonzept, das die drei „Ls“ sowohl den Führungskräften zurückbringen soll, als auch deren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern.

Im Gegensatz zum Buch in der Mitte auf dieser Seite, wo Vorurteile und Stereotype analysiert werden, baut Harsha Gramminger Vorurteile in ihr Konzept ein. Im Mittelpunkt steht hier die Anwendung von Vorurteilen.

Gramminger baut auf dem Konzept auf, wonach verschiedene Menschentypen unterschiedlich reagieren. Es gebe im Wesentlichen drei Typen: Kreative, Macher und Erhalter. Die Autorin beschreibt sie im Kern ihres Buches und zieht daraus Schlüsse, wie diese „Typen“ in der Arbeitswelt handeln. Führungskräfte sollten sich das zunutze machen.

Harsha Gramminger: Das Geheimnis der neuen Führungskräfte – Leistungsstarke Teams mit dem Triple-L-Leadership-Konzept, Springer Fachmedien, Wiesbaden 2022, www.springer.com



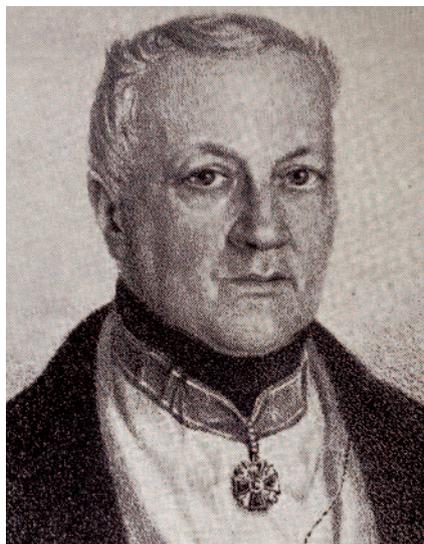
Erhard Ley und seine Zeit

Erhard Ritter von Ley war von 1796 bis 1808 als Polizeioberdirektor Leiter der Wiener Polizeibehörde. Er folgte dem letzten Polizeioberaufseher Franz Anton von Beer nach.

Während der Amtszeit von Franz Anton von Beer wurde 1782 die Wiener Polizeibehörde in „Polizeioberdirektion“ umbenannt und Beers Funktionsbezeichnung von „Polizeioberaufseher“ in „Polizeioberdirektor“ geändert. Außerdem wurde die bis dahin der niederösterreichischen Regierung unterstellte Polizeioberdirektion eine eigene Behörde, der auch der Geheimdienst übertragen wurde.

Franz Anton von Beer blieb bis zu seinem Tod am 25. September 1796 Polizeioberdirektor.

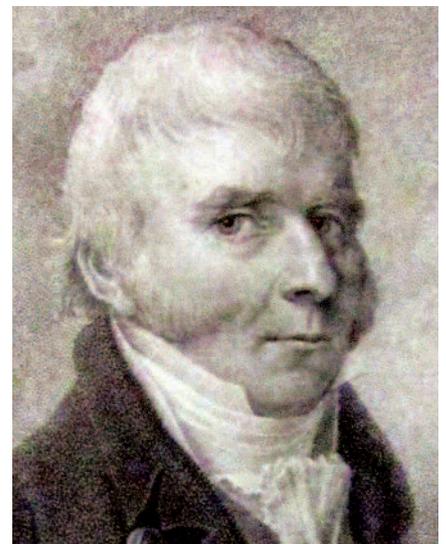
Sein Nachfolger wurde Erhard Ley. Er war der erste Wiener Polizeichef, der den Titel Polizeioberdirektor von Anfang seiner Ernennung an führte. Ley wurde 1753 in Würzburg geboren, studierte Rechtswissenschaften und trat am 1. September 1774 als Auditor (Richter in der Militärgerichtsbarkeit) in die k. k. Armee ein. Am 14. August 1791 wechselte er in die Polizeioberdirektion Wien, wo er am 20. August 1791 zum Polizeibezirksdirektor und k.



Erhard Ritter von Ley: Polizeioberdirektor von 1796 bis 1808

k. Rat ernannt wurde. 1794 wurde er Stellvertreter des Leiters der Wiener Polizeibehörde mit dem Titel Polizeidirektor und im Oktober 1796 Polizeioberdirektor.

Die Polizeioberdirektion Wien war von 1793 bis 1823 in einem Gebäude des Studienfonds in der Seitzergasse 4



Franz Hager Freiherr von Alensteig: Polizeiminister von 1813 bis 1816

(damals Nr. 455) untergebracht. Bei der Wiener Polizei gab es faktisch drei Instanzen: Die unterste Instanz waren die unter Kaiser Leopold eingerichteten Polizeibezirksdirektionen, acht in den Vorstädten und vier in der Stadt. Die Polizeioberdirektion Wien bildete die zweite Instanz. Oberste Instanz war die Polizei-Hofstelle.

Die weitgehend selbstständigen Polizeibezirksdirektionen waren dafür zuständig, die öffentliche Sicherheit aufrechtzuerhalten, an der Aufsicht über die Behandlung der damals vielen Findelkinder mitzuwirken, ansteckende Krankheiten der Behörde zu melden, über die Qualität und Quantität von Brot, Mehl und Fleisch zu wachen, bei Bränden und Hochwasser den betroffenen Menschen zu helfen, tollwütige Hunde zu beseitigen und Gebissene sofort in das Krankenhaus zu bringen. Außerdem waren die Angehörigen der Polizeibezirksdirektionen dafür zuständig, Fremde aufmerksam zu beobachten, die Sittlichkeit an öffentlichen Orten zu handhaben, bei Eigentumsdelikten Spuren zu sichern, Raufhändel in den Wirtshäusern zu ahnden sowie gegen Kurpfuscher, Gaukler und politische Extremisten einzuschreiten. Dazu kamen Zensuraufgaben: Die Polizisten überprüften in den Vorstadttheatern vor der Aufführung die Stücke und berichteten über politisch auffällige Stegreifeinlagen der Schauspielerinnen und Schauspieler.

Die Polizei-Hofstelle wurde im Jänner 1793 eingerichtet. Es handelte sich gleichsam um ein Polizeiministerium, das nun Oberbehörde für alle Angelegenheiten der inneren Sicherheit war. Erster Präsident der Polizei-Hofstelle wurde Johann Anton Graf von Pergen. Von 1775 bis 1790 war er Chef der niederösterreichischen Landstände und von 1782 bis 1790 Leiter der niederösterreichischen Regierung. 1789 wurde er Leiter der neu geschaffenen zentralen Polizeistelle und damit Chef über alle Polizeidirektionen. Unter dem reformfreudigen Kaiser Joseph II. organisierte er das Polizeiwesen neu. Anordnendes und ausführendes Organ wurden getrennt. Der anordnenden Polizeidirektion wurde die Polizeiwache als ausführendes Organ angegliedert. Unter Kaiser Josephs Nachfolger Leopold II. fiel Pergen in Ungnade und die Polizeistelle wurde aufgelöst.



Einmarsch französischer Truppen 1805 in Wien (Zeichnung: Johann Ziegler)

Graf Pergen trat krankheitshalber von seinem Posten zurück und wurde von Kaiser Franz als oberster Chef der Polizei wieder aktiviert.

Nachfolger Pergens als Präsident der Polizei-Hofstelle wurde 1804 Josef Thaddäus Vogt Freiherr von Sumerau. Er war ab 1791 Präsident der vorderösterreichischen Regierung. Am 6. August 1801 wurde er zum Vizepräsidenten der Polizei-Hofstelle und am 29. August 1802 zum Präsidenten der niederösterreichischen Regierung ernannt, blieb aber weiterhin Vizepräsident der Polizei-Hofstelle. 1801 kamen die Zensurangelegenheiten hinzu und die Bezeichnung wurde in „Polizei- und Zensur-Hofstelle“ erweitert. Am 13. Jänner 1804 wurde Freiherr von Sumerau zum Präsidenten der Hofstelle befördert und am 6. September 1804 auf sein Ansuchen hin von der Leitung der niederösterreichischen Regierung enthoben. Am 28. Juli 1808 schied er aus der Hofstelle aus.

Nächster Präsident der Polizei- und Zensur-Hofstelle wurde Franz Hager Freiherr von Alensteig, geboren 1750 in Wien. 1803 wurde er wirklicher Hofrat, 1808 Vizepräsident und 1813 Präsident der Polizei- und Zensur-Hofstelle.

Der letzte Leiter der Hofstelle war Josef Graf Sedlnitzky von Choltiz, ge-

boren am 8. Jänner 1778 in Troplowitz, Schlesien. Er war k. k. Kämmerer und geheimer Rat. 1806 wurde er Kreishauptmann in Weißkirchen und später war er in der galizischen Landesstelle tätig. 1815 wurde er zum Vizepräsidenten und 1817 zum Präsidenten der Polizei- und Zensur-Hofstelle ernannt. Er leitete die Hofstelle aber bereits seit dem Tod Hagers Freiherr von Alensteig im Jahr 1816. Als Folge der Revolution musste Graf Sedlnitzky am 17. März 1848 zurücktreten. Die Polizei- und Zensur-Hofstelle wurde durch kaiserliche Anordnung vom 28. März 1848 aufgelöst und die Leitung aller Anstalten und Behörden, die für die Aufrechterhaltung der Ruhe, Ordnung und öffentlichen Sicherheit zuständig waren, übernahm das neu geschaffene k. k. Ministerium des Innern.

Zivilpolizeiwache. In Erhard Leys Amtszeit als Polizeioberdirektor wurde 1807 die Zivilpolizeiwache neuerlich eingerichtet. Die „Civil-Polizei- und Bezirkswache“ war mit Genehmigung des Kaisers Leopold II. am 4. Dezember 1791 aufgestellt, aber seinem Nachfolger Franz nach Protesten der Militärbehörden wieder aufgelöst worden.

Herangezogen wurde die wiedererrichtete Zivil-Polizeiwache laut einem

Bericht der Polizei-Oberdirektion an die Polizei- und Zensur-Hofstelle vom 2. Februar 1839 unter anderem „zu Straßenpatrouillen bei Tag und Nacht, zur Beaufsichtigung der Wagen und des Fuhrwerks, zu Wachposten auf Brücken, zur Festnahme von Bettlern und Vagabunden, zur Führung von Arrestanten, zur Überwachung des Badeverbots an unerlaubten Orten, zu Aufsichtsposten bei Überschwemmungen, zur Erhaltung der Ordnung auf Tanzsälen, in Theatern und bei öffentlichen Spektakeln, auf Märkten“. Der Ausforschungsdienst wurde hauptsächlich von den Polizeidienern und manchmal auch von Angehörigen der Militär-Polizeiwache versehen.

Wirklicher Hofrat Erhard Ley wurde 1801 neben seiner Funktion als Polizeioberdirektor Mitglied der vom Kaiser für Wohltätigkeitsangelegenheiten aufgestellten Hofkommission und 1808 Beisitzer der Hofkommission in politischen Gesetzessachen.

Ley's Amtszeit war geprägt von den Koalitionskriegen gegen die Franzosen. Wien wurde militärisch aufgerüstet; es bildeten sich bewaffnete Bürgerkorps. Napoleon Bonaparte marschierte 1805 in Österreich ein und besetzte mit seinen Truppen das erste Mal die Stadt Wien. Nach dem am 26. Dezember 1805 geschlossenen Frieden von Pressburg zogen die französischen Truppen aus Österreich wieder ab. Die Wiener Bürgerkorps verhielten sich danach undiszipliniert, überheblich und stellten überzogene Forderungen. In einem Bericht äußerte Polizeioberdirektor Ley seine Bedenken über „die Fortdauer und Ausdehnung der militärischen Aktivität der Bürger Wiens, ihren Luxus und ihre mancherlei Anmaßungen, wodurch sie viele Zeit für ihren Gewerbsberuf verlieren, sich unerschwingliche Auslagen durch ihre kostspieligen Uniformierungen und wiederholten Gastereien zuziehen, den notwendigen Sinn für die hausliche Ordnung verlieren, bei Vorladungen entweder nicht erscheinen ... und sich widerspenstig zeigen, unter sich



Kaiser Franz (Büste im Schlosspark Laxenburg): Während seiner Regentschaft war Erhard Ley Polizeioberdirektor in Wien

selbst in Hinsicht auf ihre verschiedenen Militargrade uneinig sind“. Die Bürgerkorps würden zudem „durch ihren äußeren schimmernden Prunk beim kaiserlichen Militär Unzufriedenheit, Missmut und Gehässigkeit gegen den Bürgerstand hervorbringen und den militärischen Geist ganz sinken machen, weil der Soldat im militärischen Bürger den Zerstörer seiner Vorzüge sieht und einen verschlossenen Hass nährt, welcher nur auf eine Gelegenheit zum Ausbruch harret ...“

Erhard Ley blieb bis 11. August 1808 Polizeioberdirektor in Wien und wurde am 1. September 1808 als Hofrat zur Hofkanzlei versetzt. Im Jahr darauf besetzte Napoleon Bonaparte das zweite Mal Wien. Hofrat Ley

wurde am 10. September 1811 in den Ritterstand erhoben und 1819 pensioniert. Erhard Ritter von Ley starb am 15. März 1828 in Wien. Sein Nachfolger als Polizeioberdirektor wurde Josef Ritter von Schüller. *Werner Sabitzer*

Quellen/Literatur:

Polizeiarchiv der Landespolizeidirektion Wien

Bibl, Viktor: Die Wiener Polizei, 1927

Oberhummer, Hermann: Die Wiener Polizei. 200 Jahre Sicherheit in Österreich. Band 1. Wien 1937

Sabitzer, Werner: Lexikon der inneren Sicherheit, Neuer wissenschaftlicher Verlag, Wien/Graz, 2008

Schembor, Friedrich W.: Kaiser Franz II. (I.) und die Uniformen. In: Österreichische Militärische Zeitschrift, Nr. 4/2014, S. 15-24

STILBLÜTEN

„Wenn ein Regierungsmitglied einem Erkenntnis des Verfassungsgerichtshofs nicht nachkommt, kann der Bundespräsident es exekutieren lassen.“

Die Presse

„Ab dem Regen steigt die Regenwahrscheinlichkeit.“

orf.at

„Die Straftaten 2021 fielen landkreisweit. Allerdings sind die Sexualdelikte gestiegen – was an der guten Arbeit der Polizei liegt.“

Saale-Zeitung

„1,5 Millionen Tonnen Kokain in zwei Anhängern: Die mexikanische Polizei macht den größten bei einer Razzia jemals gemachten Drogenfund.“

OE24

„Ich lehne die Todesstrafe ab. Sie widerspricht dem Resozialisierungsgedanken ...“

Bild

„Der Täter erhielt keine Freiheitsstrafe, sondern wurde zu 23 Jahren Haft verurteilt.“

ORF-Teletext

SCHLUSSLICHT



Polizeifotolabor bei der Ausstellung 1898 in Wien

POLIZEIFOTOGRAFIE 1870

Bei der Wiener Polizei wurde im Mai 1870 die Fotografie zur Identifizierung von Kriminellen offiziell eingeführt. Das erste Atelier befand sich im Polizeigefangenenhaus in der Theobaldgasse. Zuvor gab es ab 1858 im Sicherheitsbüro „Verbrecheralben“. Die Fotos gingen an das Zentraluntersuchungsbüro, an das Zentralinspektorat der Sicherheitswache und an die Bezirkspolizeikommissariate. Vermerkt wurde der Name des Verdächtigen, sein letzter Eintrag im Evidenzblatt und die Straftäterkategorie. 1874 entstand die „Photographische Anstalt“ der Wiener Polizei. Zwei Jahre später bestand die Sammlung aus fast 8.000 Bildern; etwa die Hälfte davon stammte von ausländischen Sicherheitsbehörden. Fallweise wurden auch Tatorte fotografiert, ebenso Straßenkrawalle. Rudolf Schneider beschäftigte sich nach der Einführung der Daktyloskopie 1902 mit der Sicherung von Fingerabdruckspuren und baute die fotografische Abteilung des Erkennungsamtes aus. Er konstruierte eine Kamera, um Aufnahmen von Häftlingen zu machen, ohne dass diese es merkten. Schneider entwickelte 1909 eine Folie zur Abnahme und Fixierung von Fingerabdruckspuren. Ein weiterer Reformers der Polizeifotografie war Franz Eichberg, der eine Spezialkamera für Tatortaufnahmen entwickelte. W. S.

ZITATE

„Wir müssen das Rückgrat und das Herzstück der Polizei stärken. Das sind jene Kolleginnen und Kollegen, die täglich in ihren Inspektionen für die Sicherheit der Bevölkerung sorgen.“

*Gerhard Karner,
Bundesminister für Inneres*

„Unausstelligster Lebenswandel, bescheidene mäßige Gemütsart, höfliches gesittetes Betragen und die Kenntnis der französischen und wälischen Sprache“

*Anforderungen an einen
Polizeiaufseher 1773*

„Die Verunreinigung von Flüssen und Brunnen durch Hineinwerfen des Viehs ist unter die obgedachten Unfüge zu zählen, die eine wirksame Abstellung erheischen.“

*Aus der Amtsinstruktion
der Polizei 1754*

„Es gibt nichts, was die Weisheit so sehr in Schrecken setzt als ansteckender Fanatismus, weil gegen diesen Feind ihre Waffen am allerohnmächtigsten sind.“

*Edmund Burke,
Schriftsteller und Philosoph*

IMPRESSUM Herausgeber: Landespolizeidirektion Wien, 1010 Wien, Schottenring 7-9, vertreten durch Dr. Gerhard Pürstl, Mag. Franz Eigner, Dr. Michael Lepuschitz, MA. **Herausgebervertreter:** Mag. Rudolf Haas, BA, Wolfgang Krammer, MA, Werner Matjazic, MA, Stefan Muzik, BA, Mag. Manfred Reinthaler, MA, Mag. Klaus Schachner, MA, Dr. Thomas Schindler, Harald Trottmann, BA, MA, Xenia Zauner, MA. **Chefredakteur:** Dr. Gerhard Brenner. **Redaktionsanschrift:** 1010 Wien, Schottenring 7-9, Tel. (01) 31 310-76002, polizei.redaktion@aon.at. **Redaktion:** Prof. Ferdinand Germadnik, MSc, Maria Rennhofer-Elbe, BA, Werner Sabitzer, MSc, Mag. Rosemarie Pexa, Anna Strohdorfer, MA. **Weitere Autoren:** Seelsorger Rudolf Prokschi, Dr. Angelika Schäffer; **Bilder:** Bernhard Elbe, Prof. Ferdinand Germadnik, Gerd Pachauer, Werner Sabitzer, MSc, Dietmar Gerhartl-Sinzinger, Anna Strohdorfer, MA. **Medieninhaber (Verleger) und Hersteller:** Wilhelm Bzoch GmbH., Wiesackstraße 40, 8962 Gröbming, Tel. 02246 4634, 0660/213 14 85, E-Mail: prepress@dieverleger.at. **Anzeigenleitung:** Johann Köchelhuber, Tel. (0664) 462 71 34. **Herstellungsort und Verlagspostamt:** Gröbming. **Offenlegung:** (gem. § 25 Mediengesetz) Gesellschafter der Wilhelm Bzoch GmbH: Mag. Franz Wallig (100 %). **Grundlegende Richtung:** Informationsmedium für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Landespolizeidirektion Wien und die am Thema Sicherheit interessierten Bürger. Kommentare und namentlich gekennzeichnete Beiträge geben die persönliche Meinung des Verfassers wieder. Um einen ungestörten Lesefluss zu erhalten, wird grundsätzlich die männliche Form verwendet und damit auch weibliche Bedeutungen mit umfasst. Der Nachdruck von Inseraten ist nicht gestattet; der vollständige oder teilweise Nachdruck von redaktionellen Beiträgen nur mit Zustimmung der Redaktion.